

# Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter  
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionsschluss Sonnabend.  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Bantes, Berlin NW 40,  
Reichstagsufer 8. — Fernsprecher: A 8 Flora 4933.

Verlag: A. Bantes, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
Inserate: Die sechsgepalte Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt.  
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Weihnachtsgeschenk der Regierung

Wenige Tage bevor der Öffentlichkeit der Inhalt der vierten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bekannt wurde, machte der Führer der Nazis bei ausländischen Zeitungsreportern in Berlin seine Antrittsvisite als der kommende Führer Deutschlands. Die Regierung hüllte sich über diesen Vorgang in tiefstes Schweigen. Nun wissen wir warum, denn der Reichskanzler gab im Rundfunk der Öffentlichkeit bekannt, daß ihm die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens größer zu sein scheint als die des Redens.

Wenn wir uns aber die vierte Notverordnung näher betrachten, dann können wir nicht sagen, daß die Regierung eine gewissenhafte Arbeit geleistet hat. Ungeheuerliche Bestimmungen sind darin enthalten, die besonders die Arbeiterschaft auf das allerschwerste treffen. Noch in letzter Stunde hat der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Genosse Leipart folgenden Brief an den Reichskanzler gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler.

Aus der Unterredung, die auf Ihren Vorschlag meine Kollegen am Sonnabend mit dem Herrn Reichsarbeitsminister hatten, ist uns zur Kenntnis gekommen, daß die bevorstehende Notverordnung eine weitere Lohn- und Gehaltsenkung bringen soll, dergestalt, daß an einem bestimmten Zeitpunkt die Tariflöhne ohne Rücksicht auf die Geltungsdauer der Verträge und unter Ausschaltung des ordentlichen Schlichtungsverfahrens durch gesetzlichen Zwang auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgesetzt werden.

Gegen solche Absichten erheben wir in letzter Stunde nochmals entschiedensten Protest. Wir warnen die Reichsregierung, den Weg der Lohnsenkung noch weiter zu gehen und wir protestieren insbesondere gegen den geplanten Eingriff in das Tarifrecht. Die voraussehbaren Folgen, die sich hieraus ergeben müßten, wird auch die Regierung nicht tragen können; wir erklären schon heute, daß wir jegliche Verantwortung ablehnen.“

Die Regierung hat die Warnung der freien Gewerkschaften in den Wind geschlagen. Aber nicht nur das ist geschehen, sondern ein im Oktober gefaßter Beschluß des Reichstages, wonach alle Pläne auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen sind, wurden nicht beachtet.

Die Regierung arbeitete auf der Linie der bisherigen Notverordnungen weiter. Können wir aber durch die Regierungsdiktate eine Besserung der Wirtschaftslage feststellen? Zur selben Stunde, als die Bestimmungen über die Notverordnung bekanntgegeben wurden, konnte auch die Öffentlichkeit erfahren, daß Ende November ein Arbeitslosenheer von 5057 000 vorhanden war. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sind 1,3 Millionen Arbeitslose mehr vorhanden; eine sprunghafte Steigerung derjenigen Personen, die aus dem Produktionsprozeß

herausgeschleudert wurden trotz aller Notverordnungen. Jetzt soll eine Belebung der Wirtschaft durch Lohn-, Mieten- sowie Preisabbau erreicht werden.

Die Notverordnung zerfällt in acht Abschnitte. Wir greifen davon heraus die Vorschriften gegen die gebundenen Kartellpreise, die um 10 Proz. gegenüber dem Stand vom 1. Juli 1931 gesenkt werden sollen. Es wird eine Preisüberwachungsstelle mit einem Reichskommissar an der Spitze eingesetzt. Nebenbei ist eine Zinsenkung dergestalt vorgesehen, daß ein allgemeiner Zinssatz von 6 Proz. festgesetzt wird, und bei Zinsfäßen, die über 12 Proz. hinausgehen, eine Senkung von 50 Proz. eintreten soll.

Der zweite Teil der Verordnung umfaßt Bestimmungen über die Wohnungswirtschaft. Die Altmieten sollen vom 1. Januar 1932 um 10 Proz. gesenkt werden. Eine Senkung der Hauszinssteuer tritt in der Weise ein, daß sie allmählich abgebaut wird und vom 1. April 1940 überhaupt nicht mehr erhoben werden soll. Die Mieten der Neubauwohnungen sollen um den Betrag gesenkt werden, um den sich die Belastung des Grundstückes infolge der Zinsenkung ermäßigt.

Der fünfte Teil enthält Vorschriften über die Kranken-, die Unfall- und die Knappschaftsversicherung. Geradezu ungeheuerliche Bestimmungen sind hier festgelegt worden. So wird Unfallrente nicht gewährt, wenn die Erwerbsbeschränkung infolge des Unfalls weniger als 20 Proz. beträgt. Außerdem fallen alle zwanzigprozentigen Renten nach Ablauf von zwei Jahren weg. In weitestgehender Weise ist die Regierung den fortwährenden Anstürmen der Unfallberufsgenossenschaften entgegengekommen. In weiten Kreisen der Rentenempfänger muß dadurch tiefste Empörung ausgelöst werden.

Die arbeitsrechtlichen Vorschriften im 6. Teil beweisen uns, daß Ministerworte sehr vorsichtig aufzunehmen sind. Danach sollen alle Löhne und Gehälter ohne Rücksicht darauf, ob Tarifverträge laufen oder nicht, auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeschraubt werden. Würde diese Senkung mehr betragen, so solle sie auf 10 Proz. beschränkt bleiben. Der nächste Satz wirkt aber diese Bestimmung sofort über den Haufen, denn bei Löhnen und Gehältern, die seit dem 1. Juli nicht gekürzt worden sind, soll in diesem Fall eine Senkung um 15 Proz. eintreten. Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung dieser Vorschriften entscheiden die Schlichter. In diesem Zusammenhang sind noch die Bestimmungen über die Gehaltskürzung für Reichsbeamte mit 9 Proz. erwähnt, die ebenfalls am 1. Januar 1932 in Kraft treten. Der gleichen Kürzung sind die Ruhegehaltsempfänger unterworfen. Die Löhne der Reichsarbeiter werden ebenfalls um weitere 10 Proz. gekürzt. Alle Gehalts- und Lohnkürzungsvorschriften finden auch bei den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften entsprechend Anwendung.

Wenn die vorgetragenen Bestimmungen bei der Regierung den Glauben auslösten, daß sie vielleicht zu einer Wirtschaftsbelebung beitragen würden, so wird aber diese Hoffnung vollständig zerstört durch die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Proz. mit Wirkung vom 1. Februar 1932. Lediglich Erzeugnisse aus Getreide, Mehl und Backwaren sind von dieser allgemeinen Erhöhung ausgenommen. Die Sondersteuer für Warenhäuser und Konsumvereine bleibt im seitherigen Ausmaß bestehen, so daß diese Steuer im allgemeinen 2,5 Proz. und bei begünstigten Lebensmitteln wie bisher 1,35 Proz. beträgt. Es wird weiter eine Ausgleichsteuer auf die Einfuhr von Waren eingeführt; gewisse Waren, besonders Rohstoffe, sind dabei ausgenommen.

Besondere Maßnahmen werden gegen die Kapital- und Steuerflüchtlinge durchgeführt. Von Personen, die seit dem 31. März 1931 ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, soll eine besondere Reichsfluchtsteuer erhoben werden, die ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens beträgt. Befreit von dieser Steuer sind Personen, deren Vermögen nicht 200 000 und deren Einkommen nicht 20 000 Mark jährlich übersteigt. Bei Nichtbezahlung der Reichsfluchtsteuer treten strenge Strafbestimmungen in Kraft, die auf Gefängnis und Geldstrafen, Vermögensbeschlagnahme, öffentliche Bekanntgabe und Erlaß von Steckbriefen lauten. Der Raufste wird sofort merken, daß diese Bestimmungen nur auf dem Papier stehen.

Es ist bezeichnend für die Einstellung der Reichsregierung, daß wiederum keine Vorkehrung gegen die hohen Pensionen und solche staatlichen Pensionsbezieher unternommen wurden, die systematisch den Staat bekämpfen. In dieser Frage wird seit langer Zeit im Haushaltsausschuß des Reichstags geredet, zu Beschlüssen ist dieses Gremium noch nicht gekommen.

Beachtenswert ist auch ein anderer Vorgang. Am 23. März 1931 stimmte der Reichstag mit erheblicher Mehrheit einem sozialdemokratischen Gesetzentwurf über Zuschläge zur Einkommensteuer der Aufsichtsratsmitglieder zu. Dagegen erhob der Reichsrat Einspruch, wobei die preussischen Vertreter im Reichsrat überstimmt wurden. Der Reichsrat begründete seinen Einspruch damit, daß die Bildung von Privatkapital gerade jetzt sehr notwendig sei und deswegen die Einkommensteuer nicht erneut angespannt werden dürfe. Durch den sozialdemokratischen Gesetzentwurf sollten etwa 43 Millionen aufkommen, die in erster Linie zur Linderung der Notlage in den Gemeinden zu verwenden sein sollten, weitere 5 Millionen sollten zur Sanierung der Knappschaftsversicherung und 3 Millionen für Kinderspeisung verausgabt werden. Der Reichsrat brachte aber den unrühmlichen Mut auf, dagegen Einspruch zu erheben und der Vertreter der Regierung versuchte im Haushaltsausschuß sogar den Einspruch des Reichs-

# WEIHNACHTEN

Nun werden rings in Stadt und Land die Christbaumkerzen angebrannt. Und mitten im Elend und mitten im Leid klingt: „O du fröhliche Weihnachtszeit!“

Gloden verkünden in Stadt und Land das christlichste aller Feste und rufen die Gläubigen zur Messe herbei. Und die uralte Legende von der Geburt des Heilands geht wieder um und versucht, aus den hellen Sälen der Besitzenden bis in die dunkelsten Elendswinkel der Besitzlosen zu dringen. Aber wir Proletarier, die wir in der Arbeiterbewegung herangereift sind, haben uns längst aus ihrer Psychose befreit. Gewiß, auch wir lassen Weihnachten nicht gleichgültig an uns vorübergehen. Losgelöst von allem Wehrauch, mit dem es die herrschende Klasse umgibt, feiern wir es als einen Tag des Lichts im Rahmen eines bescheidenen Familienfestes. Aber an den Millionen Arbeitslosen und Wenigverdienenden geht Weihnachten still und glanzlos vorbei. Feindlich und fremd hallt es an ihre Türen: „O du fröhliche, o du selige!“

Weihnachten will in uns den Glauben an die Geburt eines Heilands und dessen Erlösungswert wecken. Das ist die Botschaft der herrschenden Klasse, und ihre Erlösung ist nichts als eine Bindung an ein überirdisches und eine Vertröstung auf ein höheres Heil. Wir aber wollen doch aus unseren irdischen Nöten erlöst sein! Und da hat sich im zähen, geistigen Kampfe des Proletariats um diese Erlösung eine eigene Erlösungstheorie entwickelt und machtvoll gestaltet in der Lehre des

## Sozialismus.

Gehen wir also Weihnachten über den Rahmen eines Familienfestes hinaus zu geistigen Betrachtungen, so müssen sie vor allem von ihm erfüllt sein. Denn gerade das, wonach die meisten Menschen sich so sehnen: Glück, Frieden und Gerechtigkeit, ist das Ziel seiner Bestrebungen. Vom proletarischen Gesichtspunkt aus sind diese Begriffe in ihm geformt und gleichzeitig die notwendigen Schritte dargelegt zu ihrer Verwirklichung. Hagerfüllt steht die herrschende Klasse dem Sozialismus gegenüber, das bedeutet: sie will weder das Glück, noch Gerechtigkeit und den Frieden der gesamten Menschheit, obwohl sie Weihnachten gerade mit dem Schein dieser Ideale umhüllt. Denn während sie feierlich verkündet: Friede auf Erden, rüstet sie eifrig zu blutigen Kriegen, sagt sie der Masse des schaffenden Volkes brutalsten Kampf an. Während sie verkündet:

## ... und den Menschen ein Wohlgefallen!

senkt sie die Löhne bis ins Unerträgliche, schließt sie die Tore ihrer Fabriken und hemmt sie jede soziale Entwicklung. Während an diesen Widersprüchen die große Weihnachtsbotschaft der herrschenden Klasse zusammenbricht, bleibt der nach Glück und Frieden und Gerechtigkeit strebenden Masse des Volkes einzig der durch seine Wahrhaftigkeit gezeigte Sozialismus. Zwischen ihm und dem Kapitalismus, der Welt-

ordnung der herrschenden Klasse, vollzieht sich ein gewaltiger Kampf, von dessen Ausgang die Lebensfrage des gesamten Proletariats abhängig ist. Und da wir fest entschlossen sind, Sieger dieses Kampfes zu sein, müssen wir in ihm die stärkste Macht bilden. Im unerschütterlichen Glauben an diesen Sieg und in Treue zu denen, die diesen Kampf führen, wollen wir vorwärtsschreiten!

Es ist Weihnachten. Hell flammen die Kerzen der Christbäume. Und eine heilige Botschaft erleuchtet alle Räume der Armut. Sie heißt: Kampf für einen wahren Frieden, Kampf um Gerechtigkeit und das Glück aller Ausgebeuteten und Unterdrückten!

## Es tönt vom Turm!

Es tönt vom Turm durch Nacht und Sturm  
Mir altvertrauter Klang.  
Die Glocke schwingt, der Ton verklingt  
Wie ferner, ferner Sang!

Die Menschheit zu erlösen, ward  
Geboren Gottes Sohn.  
Den Menschenfreund das Los traf hart,  
Am Kreuz — starb er — zum Lohn!

Es tönt vom Turm, durch Not und Sturm,  
Es tönt ein Schrei der Qual.  
Die Welt in Not, die Liebe tot,  
Gott ist „das Kapital“!

Es bricht das Herz in Leid und Schmerz  
Dort, wo der Glaube fehlt,  
Es klingt das alte Weihnachtslied  
In eine neue Welt.

Es blüht der Haß im Uebermaß,  
Verderben soll der Knecht,  
Der sich erküht — nach Freiheit sinnt.  
Die Willkür ward zum Recht.

Es fliegt das Wort — von Ort zu Ort  
Der Menschheit Freiheitsdrang.  
Ein Ruf erscholl, von Pol zu Pol  
Titanenhafter Sang.

Wer von uns fällt im heiligen Krieg  
Auf schwer bedrängtem Feld,  
Der fällt für Brot, für Frau und Kind,  
Der stirbt als Mann und Held!

Es heult der Sturm um Schloß und Turm  
Mit warnenden Gebärden.  
Der Hunger quält, die Schranke fällt,  
Daß Friede wird auf Erden!

Gg. Fiedler

rats zu rechtfertigen. Dort wurde er aber mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Bayerischen Volkspartei und des christlichen sozialen Volksdienstes (Wo blieben die Nazis? D. K.) abgelehnt. Dieser beschämende Vorgang im Reichsrat fehlt gerade noch in einer Zeit, wo durch draconische Verordnungen die Lebenshaltung der breiten werktätigen Volksschicht unerträglich verschlechtert wird. Wer noch daran zweifelt, daß die Regierung in keinem Stadium der Wirtschaftskrise den Mut aufbrachte, auch die reiche Kaste zur Aufbringung von Opfern heranzuziehen, der wird nun eines anderen belehrt sein.

Wir hatten bei allen bisher erlassenen Regierungsdiktaten den Standpunkt vertreten, daß auf diesem Wege und durch solche Bestimmungen, bei denen nur von der Arbeiterschaft Opfer erheischt werden, nie eine Beseitigung der Wirtschaftskrise eintreten kann. Die hinter uns liegenden Vorgänge geben uns recht. Seitdem sich mit Notverordnungen die Regierungskunst erschöpft, sehen wir ein tieferes Abgleiten in den Abgrund, und jetzt sind wir so weit angelangt, daß mehr als 5 Millionen Menschen arbeitslos sind. Wird etwa die 4. Notverordnung eine Besserung der Wirtschaftslage bringen können? Wir können das nicht annehmen. Solange die Regierung mit sträflicher Gleichgültigkeit an einem Grundübel der Wirtschaftskrise vorbeigeht und nicht Vorkehrungen trifft, um die Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit einzudämmen, muß die Zahl der Erwerbslosen anschwellen. Glaubt etwa die Regierung, es werde möglich sein, durch eine weitere ungeheure Schwächung der Kaufkraft das Wirtschaftsleben flottzumachen? Glaubt die Regierung durch die Bestimmungen über Preisfestsetzungen werde ein Preisabbau eintreten, wenn

gleichzeitig erhöhte Steuern und Abgaben gefordert werden? Und wenn die Regierung den zweifelhaften Mut aufbrachte, durch ihr Diktat den Lohn um fünf Jahre zurückzuschrauben, so beweist sie, daß sie ihren seitherigen Grundsätzen selbst untreu wurde. Eine ungeheure Schwächung der Kaufkraft breiter Massen wird eintreten. Das Wirtschaftsleben kann aber nur dann wieder gesunden, wenn die Kaufkraft nicht zerstört wird.

Die Regierung hat mit ihrer Notverordnung eine offene Kampfanfrage gegen die Arbeiter durchgeführt. Es geht nicht mehr allein um die Stützung des demokratischen Staates, sondern auch um die Erhaltung der Lebensmöglichkeit der werktätigen Menschen. Wenn die wirtschaftliche Verflawung so weit um sich greift, dann haben wir reichlich zu prüfen, ob der seitherige Weg weiter beschritten werden darf.

## Rohvermögen, Schulden und Reinvermögen des Fleischergewerbes

Alle drei Jahre findet nach dem Reichsbewertungsgezet eine Festsetzung von Vermögenswerten für gewerbliche Betriebe statt, die dann der Besteuerung in Reich, Ländern und Gemeinden einheitlich zugrunde gelegt werden (Einheitswerte). Bei dieser Bewertung wird für jeden Betrieb zunächst der rohe Wert ermittelt, dann werden die Schulden festgestellt, die auf dem Betriebe lasten, und aus der Differenz ergibt sich das Reinvermögen. Nunmehr liegen die statistischen Ergebnisse für die beiden ersten Einheitsbewertungen für die Jahre 1925—1927 und 1928—1930 vor.

Die zweite Einheitsbewertung erfaßt rund 65 000 Fleischereien. Das ganze in diesen Fleischbetrieben angelegte Kapital beläuft sich auf 857 Millionen Mark. Davon entfallen rund 490 Millionen Mark auf 38 000 Betriebe in Preußen, 85 Millionen Mark auf 6400 Betriebe in Sachsen und etwas über 80 Millionen Mark auf 6350 Betriebe in Bayern. Im Reichsdurchschnitt ist in jedem Betriebe ein Rohvermögen von 13 200 Mk. angelegt. In Baden und Württemberg liegt der durchschnittliche Rohwert erheblich höher, und zwar zwischen 16 000 und 17 000 Mk. Weit höher liegt das durchschnittliche Rohvermögen naturgemäß in den Großstädten, und hier ist es besonders interessant, die starken Unterschiede festzustellen, die sich in der Höhe der Vermögen zeigen. In Berlin wurden Einheitswerte für 2789 Betriebe festgesetzt, deren roher Wert sich auf etwa 53 Millionen Mark beziffert, so daß der durchschnittliche Rohwert unter 20 000 Mk. liegt. In Hamburg wurde für 603 Fleischbetriebe das Rohvermögen mit 18,2 Millionen Mark ermittelt, so daß der durchschnittliche Rohwert mehr als 30 000 Mk. beträgt. In Köln dagegen gibt es auffallenderweise zunächst fast 200 Betriebe mehr als in Hamburg. Das Rohvermögen beträgt aber nur 12,7 Millionen Mark, so daß der Durchschnittswert des einzelnen Betriebes nur wenig mehr als halb so groß ist wie in Hamburg. In Süddeutschland bietet ein Vergleich zwischen München und Stuttgart ein auffällig verschiedenes Bild. In München sind im Fleischergewerbe 690 und in Stuttgart nur 306 Betriebe festgestellt worden. Das ganze Rohvermögen der Münchener Fleischereibetriebe mit 9,2 Millionen Mark ist aber geringer wie das der Stuttgarter Fleischereien, das 9,8 Millionen Mark beträgt.

Nun braucht allerdings an sich das rohe Vermögen noch nicht unbedingt Spiegelbild einer guten bzw. schlechten wirtschaftlichen Lage zu sein. Da aber die Statistik über die fremden Mittel berichtet und damit gleichzeitig auch über die eigenen Vermögen der Fleischer, muß sich aus den zahlenmäßigen Ergebnissen ablesen lassen, ob das der Fall ist oder nicht. Etwa die Hälfte aller Fleischer arbeiten mit fremden Mitteln, und nach der zweiten Einheitsbewertung arbeiteten in 32 651 Fleischereien rund 240 Millionen Mark fremdes Geld. Auf je 100 Mk. Rohvermögen kommen also 28 Mk. fremde Mittel und 72 Mk. eigene. Wenn man das entsprechende Verhältnis in den einzelnen Ländern berechnet, so ergeben sich für Preußen ungefähr die gleichen Größen. In Bayern und Württemberg stehen die fremden Mittel zu den eigenen der Betriebsinhaber im Verhältnis von 1 : 3, und in Sachsen liegen die Dinge sogar noch mehr zugunsten der eigenen Mittel der Fleischer. Die starken Differenzen zeigen sich auch hier wieder in den Städten. Im allgemeinen wird man annehmen können, daß dort, wo die Ausweitung der fremden Mittel am stärksten war, eine günstige wirtschaftliche Lage der Grund zur Aufnahme des fremden Geldes war. Allerdings hat das häufig dazu geführt, daß die Betriebsinhaber die Lasten, die die Aufnahme fremder Mittel mit sich brachten, unterschätzt haben. So findet man beispielsweise in Hamburg, daß von den 18,2 Millionen Mark Rohvermögen 7,7 Millionen Mark fremde Mittel und 10,5 Millionen Mark eigene Vermögen der Fleischer sind, so daß auf 100 Mk. Rohvermögen 42,60 Mk. fremde Mittel kommen. Ein derartig ungünstiges Verhältnis ist nur vereinzelt anzutreffen. In Berlin beträgt der Grad der Verschuldung nicht mehr als 25 Proz., und ähnlich gering ist er auch in Dresden, Köln und München. Stärker ist die Verschuldung in Breslau (30 Proz. fremde Mittel), Frankfurt (31,5 Proz.), Leipzig (30 Proz.) und Stuttgart (36 Proz.).

Die Reinvermögen der Fleischer, soweit sie im Fleischergewerbe angelegt sind, betragen, wie sich durch Abzug der fremden Mittel vom Rohvermögen ergibt, 617 Millionen Mark. Vergleicht man dieses Ergebnis mit den festgestellten Vermögen bei der ersten Einheitsbewertung, so ergibt sich ein Vermögenszuwachs von rund 110 Millionen Mark in einem Zeitraum von 3 Jahren. Denn bei der ersten Einheitsbewertung stellte sich das ganze Reinvermögen auf rund eine halbe Milliarde. Allerdings muß man dabei nach dem Umstände Rechnung tragen, daß zwischen der ersten und der zweiten Einheitsbewertung rund 10 000 Fleischbetriebe über die 5000-Mark-Grenze gewachsen sind, von der ab überhaupt erst statistische Feststellungen vorgenommen sind. Außerdem sind bei der zweiten Einheitsbewertung auch die Grundstücke höher bewertet worden als bei der ersten, und dieser Umstand darf nicht übersehen werden, denn von rund 65 000 Betrieben verfügen 14 500 über eigene Betriebsgrundstücke, deren Wert mit 397,8 Millionen Mark mehr als 46 Proz. des ganzen Rohvermögens ausmacht.

## Trotz alledem marschieren wir!

Am 19. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig

# Enthüllungen über den Zusammenbruch des Reichardt-Werkes

Vor etwa einem Jahre wurden in Abständen von einer Woche die letzten großen Arbeitertrupps aus einer der größten deutschen Schokoladenfabriken, dem bekannten Wandsbeker Reichardt-Werk, entlassen. Damit wurde endgültig allen Arbeitern klar, daß das Schicksal dieses Großbetriebes besiegelt sei. Viele der Beschäftigten, Arbeiter und Angestellte, haben die ersten Gerüchte über die Stilllegung aufgetaucht, immer noch nicht daran glauben wollen. Sie waren jahrzehntelang durch die Fabriktore gewandert und konnten es einfach noch nicht fassen, daß dieser große Betrieb, der ihnen für ein Menschenalter Arbeitsmöglichkeiten geboten hatte, nun in einer so überhasteten Weise stillgelegt wurde. 4000 Arbeiter und Angestellte beschäftigte das Reichardt-Werk in seinen besten Jahren. Viele kleinere Betriebe hatten durch das Werk ebenfalls Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Stadt Wandsbek aber hatte in dem Reichardt-Betrieb ihren besten Steuerzahler. Das war nun alles vorbei. Es war auch schon vorher bekannt, daß er vollkommen abmontiert werden sollte. Warum das so kommen mußte, konnte bisher nie genau ermittelt werden. Allmählich aber sickerten doch immer mehr Einzelheiten über die wirklichen Ursachen des Zusammenbruchs durch.

Aus ihnen ergibt sich ein erschütterndes Bild kapitalistischer Mißwirtschaft und die Aufdeckung eines völligen Versagens der sogenannten Wirtschaftsführer.

Einige Jahre nach dem Kriege, als das Werk noch im Besitz des alten Herrn Neumann-Reichardt war, machte sich in der Betriebsleitung schon eine gewisse Großmannsucht geltend. Es sollte und mußte unter allen Umständen ausgebaut werden. Man dehnte und reckte sich. So entstand in schneller Reihenfolge eine neue Pralinenfabrik in dem neuen Flügel an der Moorewoodstraße, dann wurden zwei große unterirdische Tunnel von einer Seite der Straße nach der andern, zu dem Gelände der ehemaligen Germania-Brauerei, hinübergebaut. Welchen Sinn diese Bauerei hatte, ist niemals ganz sicher festgestellt worden. Es entstand ferner neu das Verlandgeschäft auf dem Germania-Gelände. Dazu kamen dann noch eine ganze Reihe anderer Neuerungen. Die Ausbaumut ging so weit, daß ein maßgebender Finanzmann der Firma, ein Hamburger Bankier Th. Bedenken gegen dies Bauen erhob und Einspruch dagegen einlegte. Als man nicht auf ihn hörte, zog er seine Gelder aus dem Betrieb zurück. Dadurch kam der Betrieb ganz plötzlich in eine sehr bedrohliche Lage. Um sich schon damals dem drohenden Zusammenbruch zu entziehen, mußte das Reichardt-Werk von der Familie Neumann-Reichardt abgestoßen werden.

Man verkaufte das Werk an den bekannten Elida-Schicht-Konzern für einen Preis von 5 Millionen Mark und eine jährliche Pension für den Generaldirektor von 50 000 Mark.

Eine Abfindung der alten Leute wurde von der alten Leitung abgelehnt, obgleich der neue Käufer tonalweise darauf aufmerksam machte. Unter der alten Firma wurde der Betrieb dann von dem Schicht-Konzern zunächst weitergeführt. Man hatte zuerst ernste Absichten, den Betrieb planmäßig auf die Höhe zu bringen. Aber die Herren des Schicht-Konzerns spielten schon sehr bald nicht mehr die erste Geige. Der Konzern wurde von einem andern, dem holländisch-englischen Uni-Lever-Konzern, einem großen Konzernunternehmen, aufgelöst. Bei diesem Konzern hatte die Spekulationsmut die Oberhand.

Man wollte sich eine Monopolstellung in Kakao-butter erringen.

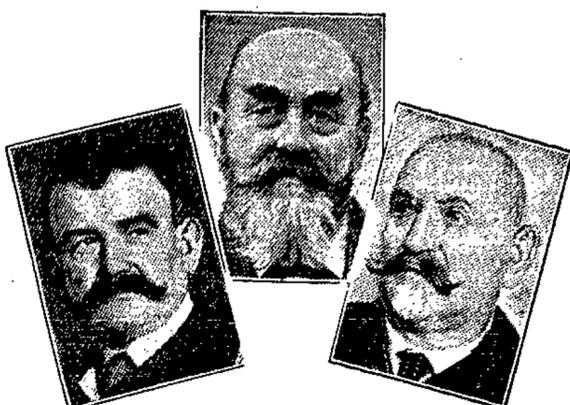
Der Ausbau des Werkes wurde weiter vorwärtsgetrieben. Von Planmäßigkeit konnte dabei allerdings keine Rede sein. So führte man die Unterkellerung der Pralinenfabrik durch. Man schaffte neue Ueberziehmaschinen an, obgleich die alten noch durchaus brauchbar waren. Man kaufte eine ganze Reihe neuer Maschinensysteme, deren Zweckmäßigkeit zum Teil noch nicht einmal erprobt war. Die Produktion wurde ständig gesteigert. Die tägliche Erzeugung von Schokolade belief sich sonst auf 20 Tonnen. Bald hatte man 40 Tonnen täglich erreicht. Dann wurden es 40 Tonnen. Dann wünschte man, daß die Leistung auf 50 Tonnen erhöht werde. Als das mit den alten Maschinen nicht möglich war, riß man diese Maschinen heraus und schaffte neue an, die eine solche Leistungsfähigkeit unter allen Umständen garantierten.

Die Kakao-Ableitung wurde ebenfalls modern ausgebaut. Es wurde ein neues Mühlenystem angeschafft. Das alte System schaffte eine tägliche Arbeitsleistung von 200 Zentner Qualitätspulver. Jetzt wurden zwei neue Mühlen aufgestellt, von denen jede für sich schon 500 Zentner schaffen konnte.

Für mehr als 6 Millionen Mark Neuananschaffungen wurden so in der kurzen Zeit von 1 1/2 bis 2 Jahren in den Betrieb hineingesteckt.

Das Unternehmen hatte seine Leistungsfähigkeit ins Ungeheure erhöht. Es konnte ganz Deutschland mit

## 40 Jahre Treue zum Verband



Julius Rieckberg, Böttcher, Bremen, eingetreten 8. 11. 1885

Karl Habekuß, Böttcher, Bremen, eingetreten 1. 10. 1886

Georg Pautsch, Böttcher, Berlin, eingetr. 23.3.1891, jetzt Inv.



Nikolaus Pfistner, Böttner, Nürnberg, Eingetr. 30. 11. 1884

Josef Reinthaler, Böttner, Nürnberg, Eing. 9. 11. 1884, jetzt Inv.

Jakob Bender, Böttner, Nürnberg, Eingetr. 1.1.1890, jetzt Inv.

Schokolade und Pralinen versehen und daneben noch einen stattlichen Export befriedigen. Aber dieser gesteigerten Leistungsfähigkeit entsprachen leider in keiner Weise die Absatzmöglichkeiten des Betriebes, obgleich man auch nach dieser Richtung hin gewisse Anstrengungen gemacht hatte, indem man die bekannten Schokoladenfabriken Gaedte, Hauswald und Goldina aufkaufte und stilllegte und die Arbeit von dem Reichardt-Werk ausführen ließ. Das alles konnte aber die Krise des Betriebes nicht mehr aufhalten, weil man wichtige kaufmännische und wirtschaftliche Grundzüge außer acht ließ. So wurde zwar die Leistungsfähigkeit erhöht, aber die Qualität wurde vernachlässigt. Man war von der Qualitätserzeugung zur Massenfabrikation übergegangen. Hinzu kam, daß die Preise der verschlechterten Qualität nicht angepaßt wurden, sondern auf derselben Höhe blieben. Man wollte durch hohe Preise den Wert der Neuananschaffungen möglichst schnell wieder hereinbringen. Auch das war eine Fehlspekulation.

So geriet das Reichardt-Werk bei seinen Absatzbestrebungen in schwere Bedrängnis mit der Konkurrenz.

Dazu traten dann auch noch Fehlspekulationen beim Kakao-Einkauf und sonstige Mißstände. Es wurden mit einemmal 60 000 Sack Kakaobohnen eingekauft, für die gleich darauf der Marktpreis so stark sank, daß allein an diesem Geschäft das Unternehmen einen Verlust von einer halben Million Mark erlitt. Ein anderes Mal verschwanden ganz plötzlich 90 000 Mk. aus einem verschlossenen Kassenschrank; niemand konnte sich eine Vorstellung machen, wie ein solcher

Diebstahl überhaupt möglich war. Der Diebstahl ist niemals aufgeklärt worden. Aber es schwirrten allerlei unkontrollierbare Gerüchte darüber herum.

In der Zeit von 1 1/2 bis 2 Jahren machte so das Unternehmen eine Unterbilanz von rund 20 Millionen Mark

Auf dem Höhepunkt seiner zuletzt erreichten technischen Leistungsfähigkeit beschäftigte das Reichardt-Werk allerdings nicht mehr 4000 Personen, sondern nur noch 2000 Personen. Wenn früher auf zehn Arbeiter ein Angestellter kam, so hatte sich jetzt das Verhältnis völlig verschoben. Es kam nunmehr auf vier Arbeiter schon ein Angestellter. Ein großer technischer Betriebsstab bildete die Zentrale des Unternehmens. Die Unterbilanz von 20 Millionen Mark ging aber selbst den Leuten des Uni-Lever-Konzerns zu weit. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, ein holländischer Großkaufmann Bestebroedge, stürzte darüber. Er hatte die Ansicht vertreten, daß man noch Geduld haben müsse, dann werde man den Verlust schon wieder aufholen. Aber die Konzerngewaltigen hatten diese Geduld nicht. Sie gingen einen anderen Weg, als ihn der gestürzte Aufsichtsratsvorsitzende gehen wollte.

Es wurden Verhandlungen mit dem Kölner Stollwerck-Konzern aufgenommen,

die das Ergebnis hatten, das nun der Stollwerck-Konzern die ganze Fabrikation des Reichardt-Betriebes zu übernehmen hatte und der Reichardt-Betrieb stillgelegt wurde. Stollwerck wurde auch verpflichtet, den Verkauf zu übernehmen. Dem Uni-Lever-Konzern blieb nur noch die „Verpflichtung“, vom Stollwerck-Konzern laufend einen bestimmten Festbetrag aus der Produktion und dem Verkauf einzukassieren. Der englisch-holländische Konzern machte also das beste Geschäft dabei, ohne überhaupt einen Finger rühren zu müssen. Das zeigte sich am krasssten dadurch, daß schon nach wenigen Monaten auch das Stollwerck-Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Es hatte sich an dem Reichardt-Werk den Magen überladen.

So offenbaren sich nachträglich an dem Zusammenbruch des Reichardt-Werkes die wirklichen Ursachen der Krise. Großmannsucht und Kurzsichtigkeit der Wirtschaftsführer, ungeheure Verschwendung von Kapitalien und volkswirtschaftlichen Werten haben den Zusammenbruch dieses Großbetriebes verschuldet. Tausende von Arbeitern und Angestellten sind dadurch brotlos geworden. Eine Stadtgemeinde geriet zum Teil gerade deswegen in Not, weil sie nun die Erwerbslosenlasten nicht tragen konnte. An dem Beispiel des Zusammenbruchs der Reichardt-Werke zeigt sich deutlich die Unhaltbarkeit des planlosen kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Nur eine planvolle Wirtschaft, wie sie von den Sozialdemokraten schon immer gefordert wurde, kann dieser Mißwirtschaft ein Ende bereiten.

## Schleichhandel mit Bier

Bisher haben sich nur die illegale Produktion und der Schleichhandel mit Branntwein gelohnt. Durch die wahnsinnige Erhöhung der Gemeindebiersteuer, die neben der Reichsbiersteuer von den Kommunen erhoben wird, ist von der Zunft der Schleichhändler nunmehr auch das Bier für würdig befunden worden, auf geheimen Wegen vertrieben zu werden. Die Gemeindebiersteuer soll eigentlich von den Gastwirten abgeführt werden. Da die, besonders in den Großstädten, die Steuerbehörden stark belastet, ist in vielen Fällen zwischen den Gemeinden und der am Orte befindlichen Brauerei eine Vereinbarung getroffen, derzufolge die Gemeindebiersteuer direkt von der Brauerei abgeführt wird. Findige Köpfe haben daraufhin festgestellt, wenn sie ihr Bier von auswärtigen Brauereien beziehen, mit denen in der Regel kein Abkommen bestand, daß sie dieses um den Betrag der am Orte erhobenen Gemeindebiersteuer billiger kaufen.

In der Mehrzahl der Großstädte ist die Gemeindebiersteuer auf 10 Mk. pro Hektoliter festgesetzt. Diese Summe ist in den gegenwärtigen miefen Zeiten hoch genug, um diese Art der Steuerhinterziehung im großen Umfange durchzuführen. In den drei Sommermonaten sollen allein in Berlin auf diesem Wege 50 000 Hektoliter Bier abgesetzt worden sein. In anderen Teilen Deutschlands liegen die Dinge ähnlich, so daß im Laufe des Jahres ganz erhebliche Steuersummen den Gemeinden vorenthalten wurden.

In Berlin wurde durch Aenderung der Steuerbestimmungen versucht, dem Schleichhandel energisch zu Leibe zu gehen. Inwieweit dies von Erfolg begleitet ist, wird die Zukunft lehren. Immerhin ist die Tatsache, daß überhaupt Bier im Schleichhandel abgesetzt wird, Zeichen genug für die Schädlichkeit überhöhter Steuern. Nicht nur, daß dadurch auf der einen Seite das Bier verteuert und der Absatz katastrophal zurückgeht, es führt auch zu einer Nichtachtung der Gesetze, die bestimmt nicht im Interesse des Staates liegt.

# Die Nacharbeit in den Bäckereien

Von E. Mertens,

Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes in Belgien und Vizepräsident des IGB.

Die Aufhebung der Nacharbeit in den Bäckereien war eine der ersten Forderungen der Organisation der Bäckerarbeiter. Durch die Verwirklichung dieser Forderung wollte man nicht nur die schlechten Bedingungen, unter denen diese Arbeiter ihre täglichen Aufgaben erfüllen, verbessern, sondern ihnen auch gestatten, etwas Familienleben zu genießen.

Als die Organisation der Bäckerarbeiter einigen Einfluß gewonnen hatte, wandte sie sich an den Gewerkschaftsbund, um von diesem die notwendige Unterstützung für den Kampf zur Beseitigung der Nacharbeit zu erhalten. Die zentrale Instanz der belgischen Gewerkschaftsbewegung gab diesem Wunsche Gehör und die Frage wurde auf dem Gewerkschaftskongreß Weihnachten 1909 debattiert. Alphons Octors, der erste Sekretär des Gewerkschaftsbundes, referierte über die Frage. Er legte einen Resolutionsentwurf vor, der einstimmige Annahme fand und die Abschaffung der Nacharbeit in allen Bäckereien forderte, wobei als Nacharbeit verstanden wurden die Stunden zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens.

Durch diesen Beschluß hieß der Gewerkschaftsbund die Forderung der Bäckerarbeiter gut, sowohl auf nationalem wie auf internationalem Gebiet, denn der Kampf für die Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien wurde in allen Ländern von den organisierten Bäckerarbeitern geführt. Der Kampf unserer Kameraden der Bäckereien war hart und schwierig. Man fühlte es allgemein als eine Erleichterung, als der Genosse J. Wauters, damals Arbeitsminister, in das Arbeitszeitgesetz vom 14. Juni 1921 diese sehr ersehnte Reform aufnahm.

Jedoch stieß die Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmung auf den Widerstand der Arbeitgeber. Noch im vergangenen Jahre haben wir persönlich gelegentlich der Diskussion des Arbeitsbudgets aufgezeigt, zu welchen Mitteln die Arbeitgeber greifen, um sich dem Gesetze zu entziehen und dieses ungestraft übertreten, und wie die Gewerbeaufsichtsbeamten in zahlreichen Fällen diesem Treiben ohnmächtig gegenüberstehen.

Die Aufgaben unserer Genossen in den Bäckereien für eine strikte Durchführung des Gesetzes sind also sehr kompliziert. Solange jedoch die sozialistischen Genossenschaften auf Seiten der Arbeiter standen im Kampfe gegen die Arbeitgeber, war diese Aufgabe noch verhältnismäßig leicht zu bewältigen. Unglücklicherweise ist dem nicht mehr so, und wir sehen die großen Genossenschaften den stärksten Arbeitgebern eine hilfreiche Hand reichen, indem sie selber das Gesetz übertreten. In letzter Zeit ist die Lage nur noch ärger geworden. Auf dem Genossenschaftskongreß im Juni dieses Jahres in La Louvière wurde eine Resolution angenommen, in der die Revision des Gesetzes vom 14. Juni 1921 gefordert wird in dem Sinne, daß die Bäckereien den Industrien mit durchgehendem Betrieb gleichzustellen seien. Das Dreischichtensystem und die Nacharbeit sollen in ihrer Ehre wiederhergestellt werden! Der Vorwand ist, daß das Gesetz nicht allgemein angewandt wird; daß die Vorbereitungsarbeiten unter ungünstigen Voraussetzungen geleistet werden müssen; daß die Hygiene in den „industriellen“ Bäckereien derart ist, daß man wieder ohne Gefahr des Nachts arbeiten kann; daß der Forderung nach frischem Brot unter Einhaltung des Gesetzes nicht entsprochen werden kann usw.

Es ist wirklich schade, daß es die sozialistische Genossenschaftsbewegung in Belgien ist, die durch einen

Kongreßbeschluß den Kampf für die Revision eines Gesetzes aufnimmt, welches der organisierten Arbeiterschaft unseres Landes so viel Opfer gekostet hat. Noch ernster ist der Umstand, da ein so schwerwiegender Beschluß gefaßt wurde ohne vorherige Verständigung mit dem Gewerkschaftsbund und der Arbeiterpartei, so daß diese Organismen — die sicherlich in unserem Lande noch etwas bedeuten — nicht die Gelegenheit hatten, die Genossenschaftsbewegung zu warnen und ihr von einer solchen Aktion abzuraten.

Diese Handlung der sozialistischen Genossenschaftsbewegung muß um so mehr bedauert werden, als dadurch dem Geaner des Gesetzes vom 14. Juni 1921 eine Waffe in die Hände gegeben worden ist, und besonders denjenigen, die sich nicht mit Gedanken vertrauen können, daß das Gesetz der Nacharbeit in den Bäckereien ein Ende machen kann. Von der sozialistischen Genossenschaftsbewegung konnten wir um so weniger einen derartigen Angriff erwarten, als die vorgebrachten Gründe des öfteren widerlegt worden sind. Besonders verstimmt uns das Argument, daß die hygienischen Bedingungen in den industriellen

ging dafür zu sorgen, daß die Arbeit so organisiert wird, daß der Arbeiter und die Seinigen ein glückliches Familienleben genießen können? Gehört dazu nicht der Kampf für die Abschaffung der Nacharbeit überall, wo man ohne Nacharbeit auskommen kann, und müssen wir in diesem Kampfe für ein menschlicheres Dasein gerade unsere Kameraden der Genossenschaftsbewegung im gegnerischen Lager finden? Sind gerade sie es, die den Feinden unseres Arbeitszeitgesetzes eine hilfreiche Hand reichen müssen? Das ist mehr als bedauerlich!

Das Argument, da das Gesetz nicht in allen Bäckereien ausnahmslos angewandt ist, ist unseres Ermessens nicht stichhaltig. Wo geht es hinaus, wenn die organisierten Arbeiter nach jahrelangen Kämpfen eine ihrer Forderungen im Gesetze verankern und wenn wegen einiger Unzulänglichkeiten nicht nach einer Verbesserung des Gesetzes, sondern nach einer zerstörenden Revision gestrebt wird? Das ist nun gerade das, was die Resolution unserer Kameraden der Genossenschaftsbewegung will.

Wenn es sich darum handelt, die Übertretungen des Gesetzes zu bekämpfen und Lücken des Gesetzes zu schließen, dann gab es für die Genossenschaften einen anderen Weg, dieses Ziel zu erreichen. Und sie kennen diesen Weg! Wir meinen damit das 1925 von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Übereinkommen über die Abschaffung der Nacharbeit in allen Bäckereien. Dieses Übereinkommen ist allen Völkerstaaten zur Ratifizierung unterbreitet worden. Fünf Länder haben es ratifiziert und in Kraft gesetzt; in 19 weiteren Ländern ist die Nacharbeit in den Bäckereien gesetzlich untersagt; in vier Ländern ist eine solche Gesetzgebung in Vorbereitung, während in acht anderen Ländern die Regierung dem Parlament die Ratifikation empfohlen hat.

So weit sind wir allerdings in Belgien noch nicht. Aber die Genossen Max Hallet und E. Huybroeker haben in Ausführung eines Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion des Parlaments am 24. November 1925 in der Abgeordnetenkammer einen Gesetzesantrag vorgelegt, der das Verbot der Nacharbeit in allen Bäckereien anstrebt und somit Belgien die Möglichkeit gibt, das Abkommen zu ratifizieren. Es ist gewiß nicht die Schuld der sozialistischen Parlamentarier, wenn dieser Antrag noch nicht Gesetz geworden ist. Die großen Bäckereien und die Genossenschaftsbewegung, die über die Konkurrenz der kleinen, dem Gesetz nicht unterworfenen Bäckereien klagen, hätten viel intelligenter gehandelt, wenn sie sich auf die Seite der beteiligten Gewerkschaft und der gesamten Gewerkschaftsbewegung sowie der Partei gestellt hätten, um die Regierung zu zwingen, das Abkommen von 1925 zu ratifizieren. Durch eine derartige Zusammenarbeit hätte dieses Resultat wahrscheinlich erreicht werden können.



Es ist ein Ros' entsprungen . . .

Bäckereien nicht mehr ein Hindernis für die Nacharbeit sind. Sicher, wir übersehen nicht, daß die schauerhaften Zustände, die einst den Arbeitsort des Bäckers in eine Hölle verwandelten und heute noch in einigen kleinen Betrieben bestehen, in den modernen ausgerüsteten Bäckereien unbekannt sind. Aber haben die Genossenschaften es nicht zu ihrer Ehrensache gemacht, ihren Arbeitnehmern menschlichere Arbeitsbedingungen zu gewähren?

Übrigens, welches Familienleben hat der Bäcker, der des Nachts arbeiten muß? Ist es nicht unsere erste Pflicht, in der Arbeiterbewe-

## Mehl- und Brotpreise am 1. Dezember

Die Entwicklung des Weltgetreidemarktes zeigte zu Anfang des Monats November weiter steigende Tendenz; gegen Mitte des Monats waren dann infolge stärkeren Angebots geringe Preisrückgänge zu verzeichnen. Der Inlandsmarkt für Brotgetreide gestaltet sich bekanntlich durch die regierungsseitig durchgeführte Stützungsaktion vollständig unabhängig vom

## Böttchertanz

Ein Weihnachtsstück aus Marsala.

Sizilien. Land Italia. Weihnachten ist. Wir sind hier in der Stadt Marsala, im Westen der Insel Sizilien. Marsala, das erst seit der Araberzeit so heißt — seit etwa dem Jahre 830 —, früher hieß Marsala so: Lilybäon, eine altphönizische Handels-siedlung. Lilybäon: die Stadt, die nach Libyen schaut — nach Afrika, das nur etwas über einhundert Kilometer entfernt liegt —, drüben, hinterm blauen Meer steigt es auf, Alt-Libyen, Karthago, Punien!

Marsala Stadt. 30 000 Bewohner. In fruchtbarster Küstenebene. Jetzt, zur Weihnachtszeit, steht schon fußhoch die grüne Weizensaat. Herrliche Gärten. Zitronen. Orangen. Lorbeer. Rosafarbiger duftender Oleander. Der warme Seewind harft in den hohen Dattelpalmen. Feigenbäume. Silberblättrige Oliven. Weiße Villen, die Schlösser der Latifundienbesitzer, Marchesi und Principi. Und die kleinen grauen Häuschen der Pächter — von Zypressen umstanden, wehmütig klagt der Wind durch die schwarzen Bannkerzen —, der Pachtpreis ist zu hoch —. Aber dennoch Freude, heute ist Weihnacht, heute tanzen in Stadt Marsala die Böttcher, die Faßklopfer, die proletarischen Freunde. Wir werden sie sehen — auf der Piazza Spagna, beim Weihnachtsanzug, sie werden mit ihren Hämmern den bösen Geist anklopfen, den Tyrannengeist. Eine

uralte Sitte, dieser Böttchertanz von Marsala: schlägt die Fremdlinge, die Feinde des Volks, treibt sie aus! Der Dom von Marsala hilft mit seinem Geläute — der böse Geist muß weichen.

Sizilien. Marsala. Eine Geschichte von ewigem Tyrannenwechsel. Alle Völker haben über Sizilien geherrscht. Die ersten Fremdlinge waren die Phönizier. Sie gründeten Marsala — wie schon gesagt, als Kolonie Lilybäon. Ums Jahr 735 vor Christus kamen die Griechen über die Kolonie Lilybäon. Um Anno 400 sind die Punier da, die Söldlinge von Karthago. Lilybäon ward eine mächtige karthagische Handelsstadt. Nun schaut mal über die See — seht ihr da drüben im blauen Meer die bronzenfarbenen Inseln schwimmen? Jawohl. Das sind die gebirgigen Ziegeninseln, die Aegatischen Inseln — drüben fand im Jahre 241 vor Christus die wilde Seeschlacht statt, Rom schlug Karthago. Sizilien und Lilybäon ward römisch. Roms goldener Adler vertrieb den silbernen punischen Leopard. Mehr als 700 Jahre herrschte Rom über Sizilien. Doch nichts dauert ewig! Im Jahre 493 nach Christus kommen die blonden Riesen über die See, die Langschwerter, die Ostgoten — unter dem breitstirnigen Theoderich, sie blieben bis ins Jahr 535. Dann sind die Byzantiner in Lilybäon. Und Anno 827 kommen die sarazenischen Krummschwerter über die alte Stadt im Gartenland, die Araber, Lilybäon ward vollkommen zerstört. Aber die Araber

sind auch schöpferisch, sie bauen das verbrannte Lilybäon wieder auf — und nennen es: Marsala!

Marsala, arabischer Name — und auch noch arabisches Blut im Volk, die Volkstypen von Marsala sind mehr arabisch als romanisch, schon die wilden blitzenden Augen. Das bißchen Schnurrbart bei den Frauen. Aber auch die brennende Schönheit der Mädchen und Kinder, wie feurige Kakteenblüten.

Marsala, arabisch. Doch ums Jahr 1061 wechseln die Herren wieder. Die Normannen sind da — mit ihren kleinen Wikingschiffen, mit ihrem großen Mut. Und ums Jahr 1194 herrschen die andern Germanen über Sizilien und Marsala: die Schwaben, die Hohenstaufen. Denen folgen als wüste Tyrannen die Herzöge von Anjou, die Franzosen — ihre Erpressung und ihre Gewalt brachte den Volkszorn zur Explosion, im Jahre 1282 wurden alle Franzosen ermordet, 20 000 ritterliche Helmlträger fielen dem freien Rachedolch des Volks zum Opfer, die Sizilianische Vesper, Vespro Siciliano. Fort die Tyrannen, klopf den bösen Geist aus dem Weinlaß Sizilien!

Die Franzosen sind verjagt, aber ein anderer Fremdling ist schon wieder da, die Spaniolen, die Aragonier. Und oftmals wechseln sie in der Herrschaft über Sizilien — die Spanier und die Franzosen — bis ums Jahr 1730 der schwarzgelbe Adler Oesterreichs über Marsala weht. Dann

Weltmarkt; hinzu kommt, daß die endgültige Feststellung der Endergebnisse gegenüber den Vorschlägen wesentlich zurückbleibt. Die bisher erfolgten geringfügigen Zollermäßigungen für Futtermittel haben es unter diesen Umständen nicht verbracht, irgendwelchen Einfluß auf eine für die Verbraucher günstigere Preisgestaltung für Brotgetreide auszuüben. Die Preisentwicklung in den einzelnen Monatsdritteln des November gestaltete sich wie folgt:

Monat	Ausland		Inland		Berliner	
	Weizen (Manitoba) p. 100 kg ab Hamburg Mt.	Roggen (Wetter) p. 100 kg ab Hamburg Mt.	Weizen ab märt. Stationen (Wln. Nollitz p. 1) Mt.	Roggen ab märt. Stationen (Wln. Nollitz p. 1) Mt.	Weizenmehl per 100 kg Mt.	Roggenmehl per 100 kg Mt.
2.-10.	309,50	235,—	229,—	200,—	32,—	30,—
11.-20.	305,50	232,50	228,—	198,—	32,50	29,25
21.-30.	293,50	226,50	227,—	199,—	32,—	29,35

Die Durchschnittspreise für sogenanntes Bäckermehl haben sich nach der von uns allmonatlich durchgeführten Statistik sogar etwas erhöht. Am 1. November ergab sich ein Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner Roggenmehl von 31,20 Mt., am 1. Dezember dagegen von 31,72 Mt. Auch der durchschnittliche Brotpreis hat eine Erhöhung erfahren; der Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot betrug am 1. November 39,9 Pf., am 1. Dezember 40 Pf. Wir verweisen auf nachstehende Zusammenstellung:

Ort	Preis für 1 kg Roggenbrot (Mittsch. Brot)		Preis für ein Weizenbrötchen Semmel		Gewicht des Weizenbrötchens
	1 dz Roggenmehl Mt.	1 kg Roggenbrot (Mittsch. Brot) Pf.	1 dz Weizenmehl Mt.	ein Weizenbrötchen Semmel Pf.	
Königsberg	29,50	39	36,50	2,5	40
Breslau	30,50	36	32,50	5	74
Görlitz	32,—	32,5	33,—	2,5	35
Gleiwitz	29,60	38	36,10	5	65
Ratibor	30,—	36	33,—	5	65
Berlin	28,50	40	31,—	3	35
Hamburg	32,50	41	42,—	2,5	30
Bremen	32,50	47	41,75	2,5	28
Magdeburg	29,50	36	37,—	5	55
Damrover	31,—	30	40,—	2,5	28
Leipzig	33,—	36	40,—	4	55
Saale a. d. S.	32,—	36	37,50	3	37
Chemnitz	34,—	40	40,—	4	45
Dresden	34,—	38	42,—	4	40
Erfurt	32,—	36	40,—	3	38
München	35,—	46	40,—	4	42
Nürnberg	35,35	42	40,20	4	38
Landshut	32,—	46	40,—	3	38
Würzburg	33,50	43	39,50	5	50
Stuttgart	30,50	38	38,50	4	35-40
Mannheim	31,25	40	34,50	4	40
Frankfurt a. M.	31,50	40	38,50	4	35-40
Raffel	31,50	36,5	39,50	3	35
Düsseldorf	31,—	43	40,—	2,5	30-35
Köln	29,50	45	34,50	3	35
Nachen	31,75	51,7	34,—	3	37-39
Krefeld	34,—	43	40,—	3	35
Wuppertal	32,50	44	40,50	3	40-50
Essen	32,—	44	40,—	2,5	32
Dortmund	30,—	39	33,50	2,5	35-40
Bielefeld	31,25	36	40,—	2,5	32
Danzig	24,—	41	26,—	3	45

1) helles Roggenbrot. 2) Durchschnittspreis. 3) Bäckermehl. 4) Feinbrot, 5) Roggenmischmehl.

**Selbstvertrauen**

Nimm dein Schicksal ganz als deines! Hinter Sorge, Gram und Grauen wirst du dann ein ungemeines Glück entdecken: Selbstvertrauen.

Richard Dehmel

kommen die Bourbonen — und endlich — Anno 1860 kommt die rote Freiheit über Marsala — der freie Seemann Garibaldi landet mit seinen tausend Rothemden an der Marina Marsala — und Sizilien ging auf im geeinten Italien — nicht nach dem Sinne des Freischarenführers Garibaldi, der die Republik wollte — für ganz Italien — doch Italien ward Königreich, Garibaldi zog sich grollend auf die Felseninsel Caprera zurück, dort starb er. Aber der Sinn für Freiheit und Republik lebt im Herzen der Sizilianer weiter — er flammt heute, am Weihnachtstag, zu heller Lohe auf: der Böttchertanz, der Volkstanz, auf der Piazza Spagna in Marsala — treibt den Tyrannengeist aus Sizilien — dai, dalli, gib ihn, hau ihn, klopf ihn: den Tyrannen, den Nero aus Rom, den Mussolini!

Piazza Spagna. Marsala. Tausende von Menschen. Weihnacht. Feierlich läutet der Dom. Bunte Flaggen von den alten Patrizierhäusern, Kirchenflaggen und die rotweißen Stadtflaggen. Und das große Faß mitten auf dem Platze Spagna, auf der Piazza — das schwarze Tyrannenfaß Mussolini — und der flinke Reigen der Böttcher um das Faß herum — der Volkstanz, nach einem alten arabischen Rhythmus — pumm, rumm, stumm, dumm — schlägt ihn, den Geist des Bösen — rumm, pumm, die Böttcherhämmer schlagen den Takt, immer aufs Faß, schlägt den Schwarzen, den Nero, den Tyrannen — dai Mussolini! Keiner spricht das

**Versicherungsämter im Jahre 1930**

Die Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung (Reichsarbeitsblatt) veröffentlichen soeben statistische Angaben und Zahlen über die Tätigkeit der Versicherungsämter im Jahre 1930. Diese Ergebnisse dürften jetzt besonderes Interesse hervorrufen, da durch Notverordnung die Versicherungsämter überhaupt aufgehoben werden sollen. Die Haupttätigkeit dieser Ämter liegt wohl in ihrer Tätigkeit als untere und damit direkte Aufsichtsbehörden der Träger der Krankenversicherung, der Krankentassen. Eng damit zusammen hängt ihre Aufgabe als erste Instanz bei allen Streitigkeiten aus der Krankenversicherung. Gerade in dieser Beziehung haben sie für die Millionen der Versicherten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Haben doch diese dadurch an ihrem Wohnort eine leicht erreichbare Stelle, bei der sie alle ihre Beschwerden über ihre Krankentasse mündlich oder auch schriftlich anbringen können. Man unterscheidet zwei Arten von Streitfällen, solche, die im Spruchver-

Bergleich fanden 13 886 (32 Proz.) Fälle ihren Abschluß. Durch Vorentscheidung wurden 9099 Fälle abgeschlossen. In 756 Fällen traf der Vorsitzende die Entscheidung allein. Durch die Spruchauschüsse wurden 2087 Fälle entschieden. Von diesen endeten 873 (42 Proz.) zugunsten der Versicherten. Im Beschlußverfahren harrten 51 958 Fälle ihrer Erledigung, von denen 46 518 (90 Proz.) ihren Abschluß fanden. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung waren 22 897 Anträge zu erledigen. Hierunter befanden sich 11 211 Untersuchungen von Berufsstrankeiten. Ferner standen 1446 mal Befragungen von Versicherten wegen Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften zur Verhandlung. Im Feststellungsverfahren der Invalidenversicherung waren 432 061 Sachen zu bearbeiten. Die Angestelltenversicherung zählte 16 923 Sachen im Feststellungsverfahren und 4180 Sachen im Beschlußverfahren. Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung standen 8056 Sachen zur Erledigung, von denen 6589 ihre Erledigung fanden. Endlich kommen hierzu noch 2631 Spruchsachen, die mehrere Versicherungszweige betreffen.

Hiermit ist die Tätigkeit der Versicherungsämter jedoch noch lange nicht erschöpft. Die Versicherten sehen hieraus, welche Bedeutung die Versicherungsämter gerade für sie haben. Eine Aufhebung derselben würde die gesamte Versicherung und auch ihre Rechtspredung zum Nachteil der Versicherten erschweren.

**Weihnachtslied II**



... und bring euch eine gute Mär

fahren, und solche, die im Beschlußverfahren entschieden werden. Für die Versicherten wichtiger ist das Spruchverfahren, da hier Streitfälle über Leistungen entschieden werden. Im Beschlußverfahren dagegen wird meist über Verpflichtung, verhängte Ordnungsstrafen usw. verhandelt. In ihrer Eigenschaft als erste Instanz im Spruchverfahren auf dem Gebiete der Krankenversicherung standen im Berichtsjahre insgesamt 51 911 Sachen zur Bearbeitung, von denen 43 039 (83 Proz.) ihre Erledigung fanden. Rund 40 Proz. (17 211) der Streitfälle erledigten sich durch Zurücknahme usw. Durch

**Was bedeutet die Fachzeitschrift für den Arbeiter im Betrieb?**

Seit ihrem Bestehen haben die Gewerkschaften auch die Erfahrung machen können, daß derjenige Arbeiter sich am wirksamsten für die Interessen seiner Berufskollegen einsetzen kann, der auch bei seiner Arbeit im Betrieb nach jeder Richtung seinen Aufgaben gewachsen und den Vorgesetzten gegenüber seinen Mann zu stehen in der Lage ist. Deshalb hat sich auch unsere Organisation stets sowohl für die allgemeine als für die berufliche Weiterbildung der Mitglieder eingesetzt. So gibt der Verband bekanntlich neben dem Verbandsorgan „Einigkeit“ und der besonderen Zeitschrift für die Jugendlichen und Lehrlinge noch fachtechnische Zeitschriften heraus: „Berkehr und Technik“ für das Fahrpersonal, Maschinenpersonal und die Beschäftigten in den Getränkeindustrien, ferner die „Fleischer-Fachzeitschrift“ und schließlich „Technik und Wirtschaftswesen“ für die Beschäftigten in den Getreide, Mehl, Kaffee und Zucker verarbeitenden Industrien. Daß die Mitglieder auf die Herausgabe der verschiedensten Fachzeitschriften sehr großen Wert legen, ging sehr deutlich aus den Debatten anlässlich der Berichterstattung vom Verbandstage 1930 hervor, als die Frage der Zusammenlegung dieser Zeitschriften behandelt wurde. Dieses ist verständlich, wenn man bedenkt, daß die Entwicklung der Technik in den Betrieben sowie die gerade für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie äußerst wichtigen Forschungsergebnisse in fachwissenschaftlicher Beziehung vom Standpunkt der Praxis aus in diesen Fachzeitschriften laufend behandelt werden.

Die letztgenannte Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“ kann infolge ihres größeren Umfangs nicht wie die übrigen Publikationen des Verbandes ganz kostenlos abgegeben werden; für Verbandsmitglieder ist ein ganz niedriger Bezugspreis von 15 Pf. je Heft festgesetzt. Diese Fachzeitschrift erscheint bereits seit 1913 und hat sich in Berufskreisen viele treue Freunde erworben. Um auch an dieser Stelle den großen Wert dieser Zeitschrift auf-

Wort, aber alle fühlen das Wort — und der Dom läutet, feierlich, ernst — der Geist des Friedens verjagt den Ungeist des Bösen, gegen Diktatur, fürs Volk — freies Marsala, freies Sizilien, frei ganz Europa!

Pumm, rumm — drehe dich, schwinde dich, freier Böttchertanz — Erinnerung an die Vertreibung der andern Tyrannen — Vespro Siciliano, blutiges Vesper — Tod allen Tyrannen. Anno 1282.

Das Volk von Marsala beim Böttchertanz, zu Weihnacht. Die Mädchen vor — um den Reigen der Böttcher wirbelt nun noch ein bunter Blütenkranz — das Faß, die tanzenden Böttcher, die tanzenden Mädchen — pumm, rumm, der schwere arabische Rhythmus — ernst, prophetisch — wie ein altgriechischer Orakeltanz. Die tanzenden Mädchen, rote Rosen im schwarzen Haar — die tanzenden Böttcher, rote Nelken am weißen Flanelhemd, schwarze überhängende Kappen, die Männer — die Mädchen im roten und schwarzen Mieder, mit knallbunten, gestickten Schürzen. Läute, o Dom! Schwinget, ihr Hämmer — pumm, rumm, stumm, dumm: hau ihn, den Geist des Bösen — das Volk hat seine Symbole. Der Feind heißt Mussolini!

Und ergriffenen Herzens horchen und schauen Marsalas Proleten — eng an eng, eine kompakte Masse — sie erleben im Herzen den Böttchertanz — die Austreibung des Tyrannengeistes. Da sind die Arbeiter von den Salinen, die Werker von der See-

salzgewinnung: die Salinari — und die Sodari sind da, die Arbeiter von den Sodafabriken. Und all die Böttcher und Küfer vom „Vino Cotto“ sind da, die Werker aus Marsalas Weinkellereien, die zu gutem Teil in Händen britischer Unternehmer sind. Marsalawein — Exportwein! Und die Fischer und die Seeleute horchen und schauen auf den immer wilder wirbelnden Freiheitstanz — dai, dalli, aufs schwarze Faß: pumm, rumm — wir sind die Böttcher. Freiheit!

Plötzlich aber — alles bricht hart ab, aus ist der Tanz, vorbei — die Mädchen treten mit wogenden Brüsten zurück, das war dir ein Tanz, oioi — und die Männer wischen sich mit den nackten Unterarmen den Schweiß von den braunen Stirnen — finito, aus, der Tanz war gut, wir haben es dem Mussolini gegeben, alle Herzen fühlten — wem es galt — pumm, rumm — die Hämmer der Böttcher.

Der Dom schweigt. Das Volksfest beginnt. Weihnacht. In hundert Weinkneipen riecht es gut nach dem gebratenen Thunfisch und nach den sich krümmenden gebackenen Sardinen, in Oel mit Knoblauch — eßt und trinkt, Freunde, hoch die Gläser mit dem bernsteinbraunen Vino Marsala — freut euch der Weihnacht — und lang sollen sie leben, unsere freien Tänzer, die Böttcher — die Feinde aller Tyrannen! Marsala, Nacht, die Sterne. Leise grollt das Meer. Drüben liegt Libyen. Wo liegt die Freiheit? Max Dortu.

zuzeigen, heben wir nachstehend kurz die wichtigsten Abhandlungen aus dem Inhalt des soeben erschienenen Dezemberheftes hervor: Ueber die Züchtung von Getreide in Deutschland. Die Entwicklung des Walzenstuhles (mit zahlreichen Abbildungen). Die Bausteine des Getreidekorres. Das Einfräsen von Fruchtästen. Backfähige Marmeladen- und Geleerprodukte nach einem neuen Verfahren. Nordafrikanische Mühlen. Nahrungsmittelrechtliche Fragen. Chemisches Praktikum. Technisch-wissenschaftliche Umschau. Arbeitsweise und -material (Weihnachtsgebäck, Diabetikergebäck, Prüfung ätherischer Öle und Essenzen u. a.). Aus Gewerbe und Industrie. Kohstoffmarkt. Patente. Literatur.

Jede Ortsgruppe nimmt Bestellungen entgegen. Einbanddecken für den Jahrgang 1931 werden zum Preise von 50 Pf. abgegeben.

### Kanzler von Köpenick

Hitler, der mit allen Fasern seines Herzens wünscht, Deutschlands Geschicke zu leiten und es ins Unglück zu führen, hatte kürzlich das Bedürfnis, die in Berlin anwesenden Korrespondenten ausländischer Zeitungen um sich zu versammeln um ihnen Mitteilungen über seine künftige Regierungspolitik zu machen. In der amerikanischen Presse hat ihm diese Ueberheblichkeit den Titel „Kanzler von Köpenick“ eingetragen.

Demzufolge weiß das Ausland wieder einmal die innerdeutsche Lage besser zu beurteilen als viele unserer maßgeblichen Persönlichkeiten. Der Titel „Kanzler von Köpenick“ ist nämlich der einzig richtige Ausdruck für Hitler. Der Hauptmann von Köpenick ist harmloser gewesen als Hitler, sonst besteht aber zwischen beiden sehr viel Ähnlichkeit. Der Hauptmann von Köpenick war ein armer Schuster als ihm der einzigartige Gedanke kam, den Kadavergehorsam der preußischen Militärs zu benutzen, um auf dem Rathaus in Köpenick die Stadtkasse zu beschlagnahmen und den Bürgermeister zu verhaften. Er hatte richtig erfaßt, daß dem Durchschnittsbürger vor etwas Militär und forschem Auftreten das Herz in die Hose rutscht.

Hitler baut ebenfalls auf das mangelnde Selbstbewußtsein des Bürgertums. Erleichtert wird ihm seine Gimpelfangerei noch durch das Schreckgespenst Bolschewismus, das in Wirklichkeit genau so ein Kinderjuchel ist wie der schwarze Mann. Sein „forsch“ Auftreten gegen diese angebliche Gefahr, seine erfolgreiche Tätigkeit hinsichtlich der Nachahmung des ehemaligen Militärs, das alles läßt die Herzen des Bürgertums höher schlagen. Es sieht in ihm den Mann, der wieder die Zeiten herbeiführt, in denen der Geldsack alles, die Arbeiterschaft aber nichts zu sagen hatte. Noch ist es aber nicht soweit. Um seine Anhänger bei der Stange zu halten, ist Hitler gezwungen, eine Köpenickiade nach der anderen aufzuführen.

Die Tat des Hauptmanns von Köpenick hat damals Deutschland und die ganze Welt zum Lachen gebracht. Hitlers Köpenickiade hingegen ist gegenwärtig nur für das Ausland Grund zum Lächeln, und mit Recht, denn es gibt nichts Amüsanteres als zu sehen, wie große Teile eines Volkes, das für sich in Anspruch nimmt, das Volk der Dichter und Denker zu sein, jedes Selbstbewußtsein verlieren und einem Phrasendrescher Gehorsam leisten. Wenn die Arbeiterschaft nicht ihre ganze Kraft einsetzt, um Hitler zu verhindern, daß er aus seiner Köpenickiade ernst macht, dann wird das deutsche Volk angehts des dann folgenden Chaos das Lachen für immer ver-gehen. Grabesruhe wird dann über Deutschland herrschen, die nur gestört würde von den gellenden Schreien der Opfer, die gemäß der in Kraft getretenen heillosen Blutdokumente abgeschlachtet werden.

### Die Not der Rentenempfänger

War die Lage der Invaliden- und der Unfallrentner noch nie beneidenswert, so ist sie heute einfach tragisch zu nennen. Zwar sind die Renten durch die verschiedensten Verordnungen noch nicht direkt abgebaut worden, es wirken jedoch manche Folgen der Wirtschaftskrise in besonders hohem Maße erschwerend auf die Lage dieser Volksgenossen. Einmal sind die Unterstützungssätze der Fürsorgeämter, auf deren Hilfe die Rentenempfänger ja in den meisten Fällen angewiesen sind, erheblich abgebaut worden, darüber hinaus gibt es heute im Zeichen der Arbeitslosigkeit fast keine Gelegenheit mehr, durch Arbeit das Einkommen zu erhöhen. War es früher dem Rentenempfänger doch noch möglich, durch Uebernahme irgendwelcher Gelegenheitsarbeiten einige Pfennige zu erwerben, so ist dies heute ausgeschlossen, es drängen sich ja heute Tausende von jungen und kräftigen Arbeitern um jede bescheidenste Arbeitsmöglichkeit.

Die Not der Rentenempfänger und die Folgen derselben behandelt ein Artikel in der halbmonatlichen Zeitschrift „Deutsche Invalidenversicherung“. Es heißt einleitend: Die Abtretungen von Renten durch die Rentenempfänger an Geschäftleute usw. haben sich nach und nach zu einem Unfug entwickelt. Bedingt durch die immer größer werdende Not, sind derartige Abtretungen der Rente heute schon gang und gäbe geworden.

Es ist hier also die Rede davon, daß Rentenempfänger gezwungen sind (aus freien Stücken werden sie es ja nie tun), bei größeren Ausgaben wie Anschaffung von Kleidungsstücken, Kohlen usw. ihre Rente dem Lieferanten zu verpfänden. Sie können eben für derartige Zwecke keine Rücklagen ansammeln. In dem erwähnten Artikel heißt es weiter: „Es besteht aber bei diesen formlosen Abtretungen die große Gefahr, daß gerade die Bedürftigsten unseres Volkes, die Sozialrentner, in die Hände von Leuten geraten, die sie trotz ihrer Not noch ausbeuten. So ist uns ein Fall gemeldet, wo ein Rentenempfänger für ein Darlehn von 100 Mk. sechs Monatsquittungen von 23,20 Mk., das sind 139,20 Mk., übergeben hat. Auf das Jahr umgerechnet ist dieses ein Zinsfuß von nahezu 80 Prozent.“ Ohne auf diese Wucherergeschäfte „ehrbarer Kaufleute“ einzugehen, und ohne noch viel Worte über die Not der Rentner zu verlieren, sei einmal kurz auf die juristische Seite dieser Frage eingegangen.

Es muß gleich gesagt werden, daß es derartige Abtretungen von Rentenansprüchen nicht gibt. Ebenso wie Renten im allgemeinen der Pfändung nicht unterworfen sind, dürfen sie auch nicht verpfändet werden. Der § 119 der Reichsversicherungsordnung bestimmt ausdrücklich, daß die Ansprüche der Versicherten an die Versicherungsträger auf Krankengeld, Renten usw. mit rechtlicher Wirkung nicht übertragen, verpfändet und gepfändet werden können. Nach der gleichen Bestimmung ist eine Uebertragung, Pfändung oder Verpfändung nur in ganz wenigen, im Gesetz ausdrücklich angeführten Fällen möglich. Diese Möglichkeit besteht nur wegen eines Vorschusses, den der Versicherte vom Versicherungsträger auf seine Leistungen bekommen hat, wegen rückständiger Unterhaltsbeiträge (Alimente usw.), wegen Forderungen, die der Versicherte für die Zeit und an Stelle der Leistungen vom Fürsorgeamt erhalten hat und wegen rückständiger Beiträge, die der Unterstützungsempfänger dem Versicherungsträger schuldet. Es sind dies also nur ganz wenig Ausnahmefälle, bei deren Vorliegen nicht nur eine Pfändung und Verpfändung, sondern auch eine Uebertragung der Rente möglich ist. Wenn es sich um alle sonstigen Forderungen und Ansprüche Dritter an den Rentenempfänger handelt, sind die Renten unantastbar.

In dieser Rechtslage ist jedoch durch die erste Notverordnung von 1930 eine gewaltige Änderung eingetreten. Es ist noch folgende Bestimmung in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen worden:

„Ausnahmsweise darf der Berechtigte auch in anderen Fällen den Anspruch mit Genehmigung des Versicherungsamtes ganz oder zum Teil auf andere übertragen.“

Es ist im Interesse der Versicherten notwendig, auf diese Bestimmung einmal kurz einzugehen. Wichtig ist vor allen Dingen, daß die Erweiterung nur die freiwillige Uebertragung des Rentenanspruchs durch den Anspruchsberechtigten an Dritte betrifft. Für die Unpfändbarkeit und für die Unmöglichkeit der Verpfändung der Rente gelten auch heute noch die alten Bestimmungen. Nach denselben ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Rente unpfändbar und auch nicht verpfändbar. Nach dem Wortlaut der durch die Notverordnung eingeführten Erweiterung ist jede Uebertragung der Rente nur dann rechtlich bindend, wenn die Uebertragung mit der ausdrücklichen Genehmigung des Versicherungsamtes erfolgt ist. Zuständig ist hierbei das Versicherungsamt am Wohnort des Versicherten. Alle Uebertragungen, Abtretungen usw., die nicht vom Versicherungsamt genehmigt wurden, sind rechtlich ungültig. Es geht dies nicht allein aus dem Wortlaut des Gesetzes ganz deutlich hervor, auch die Rechtsprechung hat sich in bereits angeführten Prozessen auf den gleichen Standpunkt gestellt. Kl.—s.

### Bekanntmachungen des Vorstandes

Ausschluß: Auf Antrag der Ortsgruppe Harburg-Wilhelmsburg wird Ludwig Roje, geboren am 23. März 1880, Buchnummer 60788, wegen Verbands-schädigung ausgeschlossen.

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 1. bis 19. Dezember 1931.

Fachsekretariat der Hauptkasse: Berlin 128 73, Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H. Berlin 22 40.

Ortsgruppen:

- Berlin 27. — und 27.70 und 74.22. Reichsbad i. Schlei. 12. —
- Bremen 73.3. Duisburg 40.09. Essen 41.23. Frankfurt 22.59. Magde- burg 136.97. Regensburg 37.81. Stendal 16.72. Mainz 66.88. Münster 22.59. Wuppertal 40.25. Konstanz 17. —. Kölnheim 39. —. Braun- schweig 49.5. Königsberg i. Pr. 41.23. Leipzig 156.26. Rannheim 105.76. München 157.79. Oldenburg 18.95. Ostingen 18.43. Stuttgart 105.88. Freiburg i. Br. 43.22. Bremen 229.57. Breslau 290.50. Leip- zig 329.55. Paderborn 265.88. München 404.74. Eisenach 39. —. Weizsäcker 150. —. Bielefeld 89.95. Kumbach 39.33. Secham 22.23. Würzburg 43.10. Fürstentum 100. —. Gersbrunn 150. —. Gortau 100. —. Dresden 191.71. Detmold 40.09. Eisenach 39. —. Sadowitz 37.96. Halle a. S. 67.54. Detmold 169.73. Eiter 39.71. Barmuth 22.94. Sordorf 16.72. Stuttgart 99.44. Rürnberg 110.26. Koblenz 21.25. Landshut i. B. 79. —. Erxleben 39. —. Erfurt 70. —. Halle 42.00. Dortmund 75.21.

### Sonstiges:

- Berlin 2018.10 und 727.56 und 86.52 und 184.84 und 24.60 und 75. —. Bielefeld 100. —. Lübeck 14.80. Mainz 75. —. Köln a. Rh. 385.55. Berlin 7000. —. Wörlitz 78.40. Berlin 600. — und 25. — und 43.72. Heilbronn 156.07. Köpplendorf 500. —. Heilbronn 85.43. München 57.60. Dautern 125. —. Saalfeld 50. —.

### Korrespondenzen

Berlin. (Fleischverkauf am 27. Dezember.) Da der 3. Weihnachtstiertag (27. Dezember) auf einen Sonntag fällt, hat der Berliner Polizeipräsident eine Verordnung erlassen, wonach der Fleischverkauf bis 9 1/2 Uhr vor- mittags freigegeben wird. Jedoch besteht über diese Zeit hinaus Sonntagsruhe.

Bremen. Auch in Bremen hat die Brauindustrie schwer unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Von den fünf Brauereien mit rund 880 Beschäftigten ar- beiten vier schon seit September bzw. Oktober 1930 mit ganz geringen Unterbrechungen 40 Stunden die Woche und seit einigen Wochen nur 36 Stunden. Es hatte zu Anfang des Jahres 1930 den Anschein, daß die Bremer Brauindustrie, die den Bierausstoß vom Jahre 1914 schon wieder erreicht, wenn nicht überschritten hatte, von dem durch die steuer- lichen Maßnahmen der Regierung Brüning und den allge- meinen wirtschaftlichen Verhältnissen hervorgerufenen Kon- sumrückgang nicht im gleichen Maße wie andere Bezirke betroffen wird. Diese Erwartung hat sich nicht bewahr- heitet. Nicht nur, daß der Konsum im Inland stark zurück- ging, noch mehr leidet der Export infolge der Wirtschaftsk- risis in allen Ländern und nicht zuletzt unter den Wirren in China, Japan, Indien u. a. außereuropäischen Ländern. Ein wenn auch nur kleiner Teil der durch die Arbeitszeit- verkürzung unter den Arbeitern hervorgerufenen Not wird dadurch gelindert, daß es uns gelang, jeden Lohnabbau bis zum 1. Mai 1932 zu verhindern, so daß heute noch der Lohn von 1929 besteht. Der Versuch, einen Lohnaus- gleich zu schaffen, scheiterte daran, daß die Unternehmer jeden Lohnausgleich als Lohnzulage ansehen und behaupten, Derartiges gegenüber ihren Kollegen im Lande und der Industrie am Orte nicht verantworten zu können. Nur in einer Brauerei gelang es, die den Arbeitern zugeordnete Sozialzulage auf 2 M. pro Kopf umzuliegen. Die anderen unter 40 Stunden arbeitenden Brauereien gewähren trotz unseres Widerspruches Sozialzulagen, und zwar 1,50 M. für die Frau und 1 M. für jedes Kind unter 18 Jahren.

Freiburg i. Br. Die Ortsgruppe veranstaltete am 29. No- vember eine den Zeitverhältnissen entsprechende schlichte Feier zu Ehren der Verbandsjubilare. Trotz der nieder- drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Kollege Popp wies in seiner Begrüßung auf die gegenwärtige Ungunst der Zeitverhält- nisse hin und vermerkte, daß Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit verbunden mit Lohnabbau, die sichtbarsten Merkmale in der gesamten Nahrungsmittelindustrie sind. In einer solchen Niedergangsperiode, wie wir sie heute durchleben müssen, sei eine starke Gewerkschaft unbedingt vonnöten. Bezirks- leiter Kollege Bieber schilderte in seiner Ansprache unter anderem auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor 25 Jahren, also zu der Zeit, als die sechs Jubilare dem Verbands als Mitglieder beitraten. Wenn heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse doch grundlegend zugunsten der Arbeiterschaft geändert sind, so sei das in erster Linie auf die Tätigkeit der freien Gewerkschaften zurückzuführen, zu deren Förderern auch unsere Jubilare gehören. Mit Mut und großem Eifer haben sie schon vor dem Kriege für die Besserstellung der Arbeiterschaft in den einzelnen Berufen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie gewirkt. Im Auftrage des Verbandsvorstandes überreichte Kollege Popp den Jubilaren die künstlerische Ehrenurkunde und namens der Ortsgruppe ein sinnvolles Ehrengeschenk, wobei er dem Wunsch Ausdruck gab, den Jubilaren möge noch viele Jahre der Mut und die Kraft innewohnen, um in der bisher gewohnten Weise für die Gewerkschaft zu wirken. Kollege Facklanner dankte im Namen der geehrten Jubilare und forderte vor allem die jungen Kolleginnen und Kollegen auf, sich mehr und tatkräftiger als bisher für die Befreiung der Arbeiterklasse, durch intensives Mitarbeiten innerhalb unseres Verbandes, einzusetzen. Nachdem Kollege Glockner noch anregende Worte für die Arbeiter- presse und für die Arbeitersportbewegung gefunden hatte, konnte die eindrucksvolle, schön verlaufene Veranstaltung beendet werden.

Gleiwitz. (Erbauliches vom Fleischer-Hirsche-Bund.) Ueber eine Versammlung des Fleischer-Gesellen-Bundes berichtet die „Fleischer-Verbands-Zeitung“ Nr. 286 folgendes: „... daß die Gesellen des Bundes sich sehr wohl bewußt sind, in welcher ungünstigen Lage sich die Meister befinden. Sie wissen auch, daß sie über kurz oder lang Meister werden und dann den Kampf um die Existenz führen, deshalb haben sie die niedrigsten Mindestlöhne in Vorschlag gebracht.“ Weiter: „Nach Schluß der Versammlung erschien noch St. Nikolaus und Knecht Ruprecht.“ Wenn schon ein Unternehmerorgan feststellt, daß die Fleischer-Hirsche die niedrigsten Mindest- löhne verlangen, dann muß das stimmen! Damit wird gleichzeitig bestätigt, daß der Fleischer-Gesellen-Bund vorerst noch nicht um die Existenz der Kollegen kämpft, vielmehr erst dann, wenn sie selbständig geworden sind, womit erneut dokumentiert wird, daß er Meisterinteressen wahrnimmt und ihm Tarifabschlüsse nur so nebenbei wichtig erscheinen. Ihr Verrat bedeutet einen Vorschub auf ihre Eeizigkeit — wenn sie selbständig geworden sind. Dazu paßt zu ihnen die Kinderei, daß nach Schluß der Versammlung St. Nilo- laus und Knecht Ruprecht erschien. Sie bringen gleich- mit, was der Deutsche Fleischer-Gesellen-Bund den Fleischer-

gefallen beschert, nämlich, weitere Abhängigkeit und Verelendung. Deshalb, macht Schluß mit diesem faulen Zauber!

Hamburg. Eine interessante Besichtigung. Grauer Herbsttag. Vor der Hamburgischen Schiffbauversuchsanstalt G. m. b. H. sammelt sich ein Trupp Schiffbau- und Maschinenbauarbeiterinnen und -arbeiter zu einer Besichtigung genannter Anstalt. Vom hamburgischen Staat erbaut, auf eigene Einnahmen gestellt, ist sie in der Volkswirtschaft ein dienendes Glied von großem Wert.

Wir wurden auf das 13000 Quadratmeter große Areal geführt. Die Anstalt besitzt 5 Versuchstanks, von denen die beiden größten 350 Meter und 320 Meter lang sind; Meßgeschwindigkeiten möglich bis 20 Metersekunden (40 Knoten). Aus einem einleitenden Vortrag entnehmen wir folgendes: Die Versuchsanstalt dient sowohl den praktischen Bedürfnissen der Schifffahrt und des Seeflugwesens als auch den wissenschaftlichen Forschungen der Hydrodynamik (Wasserbewegungslehre) mit dem allgemeinen Ziel der Entwicklung günstiger Schiffsformen und wissenschaftlichsten Antriebs und dem besonderen Ziel der Verbesserung der zur Prüfung eingereichten Konstruktionen. Die Arbeiten umfassen z. B.:

1. Untersuchungen an Schiffsmodellen und Propellern. Widerstand, Trimm und Wellenbildung von Schiffsformen, Schub, Drehmoment und Wirkungsgrad von Schrauben, Schaufeln, Rädern und anderen Antriebsmitteln.
2. Fahrtverlust und Verlusten von Schiffsformen im Seegang bei Wellen. Wellen verschiedener Höhen und Perioden. Seefähigkeit und Stabilität.
3. Messungen an Schiffen, z. B.: Untersuchungen über Bewegungen im Seegang sowie über Vibrationen und Spannungen in Verbänden und Bauteilen u. a. m.

Die Versuche werden mit Modellen aus Paraffin ausgeführt, da dies ein Material ist, das wieder umgegossen werden kann.

Die Schiffsmodelle werden im allgemeinen in Längen von etwa 6 Meter gegossen und mit Hilfe einer Spezialfräsmaschine mit äußerster Genauigkeit nach dem Liniendr des Schiffes ausgearbeitet, indem die das Paraffinmodell bearbeitenden Messer nach einer auf dem nebenstehenden Tisch liegenden Zeichnung gesteuert werden. Die fertigen Schiffsmodelle werden durch Gewichte belastet, bis sie die jeweils für den Versuch gewünschte Verdrängung haben; mit seinen Radeln wird die richtige Schwimmhöhe bis auf ein zehntel Millimeter genau eingestellt. In besonderen Fällen werden Modelle bis zu 12 Meter ausgearbeitet. Wir wurden zu einer Versuchsfahrt mitgenommen und konnten so die außerordentlich feine Arbeit mit komplizierten Apparaten an einem Schiff beobachten, an dem Versuche angestellt wurden.

Registrieren der Fahrtgeschwindigkeit, Berechnung des Wasserwiderstandes, Wellenbildung (diese wurde photographiert). Außerordentlich interessant war die Erläuterung über die Versuche, die Kavitation herabzumindern. Unter Kavitation versteht man Ushöhlung an den Propellern der Seeschiffe, entstanden durch das schnelle Umdrehen der Schrauben im Seewasser. Die Flügel sehen ungefähr aus wie eine Schneelandschaft, der die Sonne Stücke herausgelauert hat. Bricht ein solcher Flügel infolge Kavitation, so können die Folgen für das fahrende Schiff fürchterlich sein. Wir verließen nach etwa zweistündiger Besichtigung die Versuchsanstalt. Es wird allen Teilnehmern eine dauernde Erinnerung sein.

Liegnitz. Das Amtsgericht Liegnitz hatte eine Konditoreibehälterin freigesprochen. Sie hatte an Sonntagen (der Bäckereiverordnung zuwider) zwei Gehilfen mit der Herstellung leicht verderblicher Konditorwaren (Fruchttörtchen, Zahnerollen usw.) beschäftigt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein mit dem Hinweis auf ein vorliegendes Reichsgerichts Urteil, das jede Sonntagsarbeit in den Konditoreien verbietet. Trotzdem sich der Vertreter der Angeklagten die erdenklichste Mühe gab zu beweisen, daß es nicht die Absicht sei, soziale Verschlechterungen für die Arbeitnehmer zu schaffen, und der Sachverständige, Obermeister Frickhe, Liegnitz, betonte, daß es sich bei den Vergehen nur um die Herstellung leicht verderblicher Waren gehandelt habe, verurteilte die Kleine Strafkammer die Angeklagte zu 30 Mk. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, wenn man die Fertigstellung dieser leichtverderblichen Waren als erlaubt ansehe, so würde zugegeben, daß Arbeitnehmer planmäßig an Sonntagen beschäftigt werden können. Diesem Urteil ist vollinhaltlich zuzustimmen. Es stützt die Auffassung des Reichsgerichts und respektiert das Gesetz.

Nürnberg. Die Firma Häusler versteht es außerordentlich, die Werbetrommel für ihre Lebkuchen zu rühren. Die Beschäftigten aber können Aufklärung geben über die Bezahlung der tariflichen Löhne, Einhaltung der Arbeiterchutzgesetze und die Behandlung durch den Werkmeister Dorr. Dem Arbeitsgericht und der Gewerbeaufsichtsbehörde ist der Firmeninhaber Wagner kein Unbekannter. Unser Verband wirkt bei diesem Herrn wie ein rotes Tuch. Die Vertrauensleute wurden glatt aufs Straßenpflaster geworfen und mit den unflätigsten Ausdrücken bedacht. Das hergestellte Produkt wird aber der organisierten Arbeiterschaft angepriesen. Wenn zur Versammlung eingeladen wird, schreit die Firma nach der Polizei und läßt den „arbeitscheuen Menschen“, der Einladungen verteilt, verhaften. So werden Tarifrechte in größtmöglicher Weise verletzt, während die anständigen Nürnberger Lebkuchenfabrikanten die Tarife bezahlen und bestehende Gesetze einhalten. Werkmeister Dorr wird bald wieder ständiger Gast der Nürnberger — Stempelfabrik sein. Ist er dann auch ein „arbeitscheuer Mensch“?

Saalfeld a. d. S. Die am 21. und 23. November stattgefundene Betriebsratswahl bei Maugion, über die wir

berichtet, hat gezeigt, daß die Belegschaft kein Nachläufer der Maulaufreißer und Phrosendrescher ist, sondern die sachliche Arbeit ihres alten Betriebsrates zu würdigen weiß, indem sie ihm die Treue gewahrt hat. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Proz. hat die Freigewerkschaftliche Liste I 614 Stimmen erhalten. Die Nationalsozialistische Liste II hat trotz größter Anstrengung und Förderung durch leitende Angestellte nur 62 (zweiundsechzig) Stimmen zusammengebracht, so daß sie nicht ein einziges Mandat für sich buchen konnten. Auch die RGO., obwohl keine gültige Vorschlagsliste eingereicht war, wollte bei der öffentlichen Blamage nicht fehlen, indem sie 6 (sechs) Stimmzettel mit Rote Einheitsliste abgab. Dies ist scheinbar die Belegschaftsliste der RGO., die sich diesmal wie angefündigt ihren roten Betriebsrat wählen wollte. Ihr Nazi und RGO. laßt in Zukunft die Finger weg, denn ihr habt gesehen, daß auch die Kolleginnen und Kollegen doch nicht über den Weg trauen. So, wie die Belegschaft der Maugion ihren Willen kundgetan hat, möge es auch anderswo werden. Ein Bravo den Kollegen und Kolleginnen. An euch aber, Wählerinnen und Wähler der Liste I, die ihr noch nicht organisiert seid, ergeht nun die Mahnung: Ihr habt durch die Wahl gezeigt, daß ihr Vertrauen zu eurem alten Betriebsrat habt. Zeigt nun auch öffentlich, daß ihr fest hinter ihm steht, reißt euch ein in die Reihen der Kämpfer und werdet Mitglied des Nahrungsmittel- und Getränke-Arbeiter-Verbandes.

Uelzen. (Schlachtermeister Köpe muß doch berappen!) Vor dem Arbeitsgericht Uelzen hatte sich der Schlachtermeister Köpe, wie wir bereits berichteten, wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit und wegen Lohnnachzahlung zu verantworten. Gegen das Urteil legte er Berufung vor dem Landesarbeitsgericht ein, mußte sich aber trotzdem im Vergleichsweg bereiterklären, an zwei Fleischergesellen je 100 Mark zu zahlen und die Gerichtskosten zu übernehmen. Wären die Kollegen nicht Mitglieder unseres Verbandes gewesen, dann hätten sie, wie alle Unorganisierten, das Nachsehen gehabt.

### Gewerkschaftl. Rundschau

Ergebnis der Betriebsrätewahlen 1931. Soeben veröffentlicht der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Ergebnis der Betriebsrätewahlen für 1931. Die Ermittlungen erstreckten sich auf 32 932 Betriebe mit 4,6 Millionen Arbeitern. Im Vorjahr wurden 12 367 Betriebe und 1,3 Millionen Arbeiter mehr erfaßt. 1931 wurden insgesamt 138 418 Betriebsratsmitglieder gewählt, die folgenden Gewerkschaftsrichtungen angehören:

Freie Gewerkschaften	115 671	= 83,6 Proz.,	1930: 86,9 Proz.
Christliche Gewerksch.	10 956	= 7,9 " "	7,2 " "
S.-D.-Gewerkschaften	1 560	= 1,1 " "	1,0 " "
Nazis	710	= 0,5 " "	— " "
RGO.	4 664	= 3,4 " "	1,5 " "

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß auf die freien Gewerkschaften mehr als vier Fünftel aller Mandate entfallen.

Verschmelzung der Kommunalbeamten. Die freigewerkschaftlich organisierten Kommunalbeamten haben beschloffen, sich dem Gesamtverband anzuschließen. Auch sie bilden innerhalb des Gesamtverbandes eine besondere Reichsgruppe.

Die freien Gewerkschaften in der Schweiz. Der Statistiker der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ entnehmen wir die erfreuliche Feststellung, daß trotz der auch in der Schweiz herrschenden Krise die freien Gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen im abgelaufenen Berichtsjahr erheblich steigern konnten. Die Mitgliederzahl der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften beträgt nunmehr 194 441, was gegen das Vorjahr eine Steigerung um 7390 Mitglieder bedeutet.

Eine ähnlich günstige Entwicklung zeigen auch die nicht der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaftsverbände des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, die eine Zunahme um 16 853 auf nunmehr 74 327 melden können, sowie der Angestelltenverbände, die um 2556 auf nunmehr 54 115 Mitglieder angewachsen sind. Beide Verbände stehen durch Abkommen oder durch Angehörigkeit einzelner ihrer Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der freigewerkschaftlichen Landeszentrale.

Demgegenüber spielen die konfessionellen und politischen Splitterorganisationen eine sehr untergeordnete Rolle; ihre Gesamtmitgliederzahl beträgt nur 31 262, gegen 259 933 der freien Gewerkschaften, d. i. 10,7 Proz. gegen 89,3 Proz.

Steigende Lohnverluste in USA. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund veröffentlicht soeben eine Wirtschaftsübersicht für November, aus der hervorgeht, daß die durch die Wirtschaftskrise verursachten Lohnverluste in den ersten neun Monaten 1931 um 11 Milliarden Dollar größer sind als 1929. In dieser Summe sind nicht die Einbußen der Gehaltsempfänger einbezogen! An diese Tatsache knüpft der Amerikanische Gewerkschaftsbund die besondere Feststellung, daß, falls die Vereinigten Staaten ihren gesamten Außenhandel einbüßen würden, die Verluste noch nicht einmal halb so groß seien, wie die Verluste durch Lohnseinbuße.

### Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Wie die Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. November mitteilt, ist die in dieser Monatshälfte erwartete jahreszeitliche Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten. Die Zahl der Ar-

beitslosen ist um rund 214 000 auf 5 057 000 gestiegen. Seit dem tiefsten Stand im Sommer hat sich das Arbeitslosenheer um 1,1 Millionen Personen vergrößert. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist der Stand der Arbeitslosigkeit um 1,3 Millionen höher. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen werden 1,36 Millionen durch die Arbeitslosenversicherung, 1,4 Millionen durch die Krisenfürsorge und der Rest von der kommunalen Fürsorge unterstützt. Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in der Berichtszeit ist in erster Linie auf die Lußenberufe zurückzuführen, wo hauptsächlich im Baugewerbe zahlreiche Arbeiten beendet und neue wegen des bevorstehenden Winters nicht begonnen wurden. Demzufolge ging auch bei den mit dem Baugewerbe zusammenhängenden Berufen die Arbeit aus, so daß auch dort zahlreiche Arbeitskräfte entlassen wurden.

Internationales Arbeitsamt und Vierzigstundenwoche. In der zur Zeit in Genf tagenden „Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ wurde der Bericht des I.A. von den Unternehmernretirern Italiens, Frankreichs und Deutschlands stark kritisiert, weil er nach ihrer Auffassung bezüglich der Erhebungen über die Einführung der Vierzigstundenwoche die Interessen der Arbeiterschaft zu stark berücksichtige. Die Arbeitervertreter hielten an ihren Forderungen fest, daß sich die Vierzigstundenwoche international sehr gut regeln ließe. Direktor Thomas erklärte, daß die Vierzigstundenwoche die Höchstarbeitszeit in Krisenzeiten darstelle. Die Bemühungen des I.A. gehen dahin, die vorhandene Arbeit auf möglichst viel Arbeiter zu verteilen. Dabei soll die Rentabilität der Betriebe gesichert und jedem Arbeiter ein ausreichender Verdienst bleiben. Er erklärte weiter, daß die Mehrzahl der Antworten auf seine Anfragen eine Entscheidung zugunsten der fünf Tage zu acht Stunden ergeben habe, wobei man diese Regelung einer Verteilung auf sechs Tage vorziehe.

Frühfleisch-Verbilligung. Die Länderregierung stimmten dem Vorschlag der Reichsregierung zu, wonach die Ausgabe verbilligten Frühfleisches mit dem 14. Dezember beginnen soll. In durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften soll Rind- und Schweinefleisch um 30 Pfennig billiger pro Pfund an Hauptunterstützte der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge, Wohlfahrtsfürsorge, der gehobenen und allgemeinen Fürsorge mit eigenem Hausstand ausgegeben werden. Der Einkauf erfolgt durch einen von der Reichsregierung verabsorgten Gutschein, der nicht übertragbar ist und mit dem Stempel des zuständigen Fürsorgeverbandes versehen sein muß. Für diese Frühfleischverbilligung wurden von der Regierung 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

### Internationales

Lohnabbau bei Frühholz-Schiltigheim. Wir haben uns schon mehrfach mit der reaktionären Werksleitung der Fallfabrik Frühholz-Schiltigheim befassen müssen. Diese Firma behandelt ihre Arbeiter nicht als einen gleichberechtigten Wirtschaftsfaktor, sondern als Mamelucken. Neuerdings hat sie durch Anschlag bekannt gegeben, daß der Lohn gekürzt werden soll. Von wann an dies geschehen und wie hoch die Lohnkürzung sein soll, das mitzuteilen hielt sie nicht für notwendig. Die organisierte Arbeiterschaft hat gegen diesen in Aussicht gestellten Lohnraub protestiert mit dem Hinweis darauf, daß noch nie Löhne gezahlt worden sind, die der herrschenden Teuerung entsprechen und demzufolge es unmöglich ist, Lohnkürzungen vorzunehmen. Ueber diesen Protest hinweg hat die Werksleitung einen Lohnabbau von 40 Cent pro Stunde vorgenommen. Die Mehrzahl der Arbeiter hat daraufhin die Arbeit niedergelegt. Dies ist die einzig richtige Antwort auf den diktatorisch vorgenommenen Lohnabbau. Leider sind sich die Arbeiter in der Abwehr dieses Schandstreiches nicht einig. Ein kleiner Teil arbeitet weiter. Diese Streikbrecher dürfen keine Unterstützung finden durch arbeitslose Kollegen aus Deutschland. Die Küferkollegen sind gewarnt.

### Literatur

„Sungerland“ und „Ein Kumpel“. Von G. Werner. Der Titel beserzt dieses Buches ist jetzt in die Schriftsprache eingegangen. Das Wort gilt als Bezeichnung für das niederdeutsche Bergbaurevier. Das vor 2 Jahren erschienene Buch „Ein Kumpel“ wird bereits in den höheren Schulen als die beste Mittelstufe der Bergbau im Unterricht verwendet. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht empfiehlt es jetzt als Ganzesstoff den ländlichen Fortbildungs- und Berufsschulen. Beide Bücher sind vom Verlag „Die Knappheit“, Berlin-Steigitz, zu beziehen. „Sungerland“ kostet brosch. 1,20 Mk., geb. 2,50 Mk., „Ein Kumpel“, geb. 2,50 Mk.

Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung. Vortrag, gehalten auf der... Verhandlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands. Von Karl Schmidt. Erschienen im Verlag des Verbandes der Fabrikarbeiter, Hannover, Nikolaistraße. — Der Referent versuchte in seinem Vortrag nachzuweisen, daß die besten Gesetze nichts nützen, wenn die Richter Leben und Recht nicht in Einklang bringen können. Er forderte deshalb stärkeren Einfluß des Laienrichters.

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts. Vortrag, gehalten auf dem 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Von Clemens Wörpel. Sonderdruck aus dem Protokoll des Kongresses. 2 Seiten. Herausgegeben durch die Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin. Erhältlich in allen Buchhandlungen.

### Anzeigen

Infern Kollegen <b>Mohs Gere</b> nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [1.50] <b>Die Ortsgruppe Effen.</b>	Infern Kollegen <b>Berhard Rillewald</b> nebst seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1.50] <b>Die Ortsgruppe Duisburg.</b>
Infern Kollegen <b>Gottlieb Richter</b> und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1.50] <b>Ortsgruppe e Detm old.</b>	



# FRAUENRECHT



## Krankengeld neben Wochengeld

In der Sozialversicherung gilt der Grundsatz, daß doppelte Leistungen möglichst vermieden werden sollen. Dieser Grundsatz ist durch mancherlei Bestimmungen der letzten Verordnungen noch verschärft worden. So bestimmt beispielsweise der § 195a der Reichsversicherungsordnung, daß neben dem Wochengeld der Wöchnerin nicht gleichzeitig noch Krankengeld gewährt werden kann. Es spielt dabei keine Rolle, ob das Krankengeld für die Zeit nach oder vor der Entbindung gezahlt werden soll. Neben dem Krankengeld wird eben grundsätzlich nicht noch Wochengeld gewährt. Dies gilt aber nur dann, wenn es sich bei den beiden Leistungen um Ansprüche aus demselben Versicherungsverhältnis handelt. Wohl ist es nämlich möglich, daß eine Arbeitnehmerin neben Krankengeld auf Grund ihrer eigenen Versicherung noch Wochengeld im Rahmen der Familienhilfe durch die Krankenversicherung ihres Ehemannes oder ihres Vaters erhält. Dieser Standpunkt ist erst jetzt durch eine höchstinstanzliche Entscheidung erhärtet worden. Das Reichsversicherungsamt hat unterm 8. August 1931 folgende Entscheidung gefällt: „Der Bezug von Familienwochengeld nach § 205a der Reichsversicherungsordnung schließt die gleichzeitige Gewährung von Krankengeld an die versicherte Wöchnerin nicht aus.“ Aus der Begründung zu dieser Entscheidung sind folgende Ausführungen erwähnenswert: „Der § 195a des Gesetzes schreibt zwar vor, daß neben dem Wochengeld kein Krankengeld gewährt wird. Diese Vorschrift gilt aber nicht für die Familienwochenhilfe. Anders als bei der Wochenhilfe ist daher bei der Familienwochenhilfe neben dem Wochengeld das Krankengeld im Falle einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit zu gewähren.“

## Proletarierkinder und das Weihnachtsschaufenster

Die Tage sind kurz geworden, der Spätherbstnebel senkt sich am Abend schon frühzeitig auf Stadt und Flur. Auf dem flachen Lande, in den Dörfern ist es still, nur ab und zu sieht man noch einige Landarbeiter bei der Feldarbeit. Alles rüstet, dem Naturtrieb folgend, auf die stille und lange Winterzeit. Nur in den Städten pulsiert das Leben. Die Geschäftswelt bereitet sich auf das Weihnachtsfest vor. Es ist sechzehn Uhr. Die Sonne verschwindet. Die

Dämmerung tritt ein und mit ihr die feenhafte Beleuchtung der Straßenzüge, die in den Geschäftsvierteln liegen. Hier trifft das Wort zu: „Licht zieht an, Licht gibt Leben und Wärme“. Eine eigenartige Stimmung breitet sich über die die Straßen belebenden Menschen aus. Es ist die alljährlich wiederkehrende Weihnachtsstimmung. Sie liegt in der Luft, sie übt ihren Einfluß aus. Es duftet nach Tannengrün und Lebkuchen, nach Marzipan und Schokolade. In den Schaufenstern haben fleißige Hände wahre Künste hervorgezaubert und Tausende glänzender Kinderaugen hängen mit Bewunderung an diesen Herrlichkeiten. Auch das Schaufenster der Konditorei. Wie drängen sich die kleinen Buben und Mädels. Einer will noch mehr sehen als der



## WEIHNACHT

Ueber mir der Mond war aufgegangen,  
Und schweigend schritt ich durch die stille Nacht,  
Kalter Wind strich über Stirn und Wangen,  
An meine Lieben habe ich gedacht!

Weihnachtsglocken hör' ich ferne läuten.  
Noch heut' muß ich zu Weib und Kindern heim,  
Weihnacht ist, was kann es uns bedeuten,  
Wo Armut herrscht, dort kann das Glück nicht sein!

Arbeitslos komm ich aus weiter Ferne,  
Mit Sorgen kehr ich heute nacht nach Haus.  
Freuden brächt' ich allen euch so gerne,  
Doch diesen Weihnacht gehen leer wir aus!

Liebevoll werd' ich von euch empfangen,  
Doch kummervoll blicket mein Weib mich an,  
Ach, die Kinder fragen unbefangen:  
Kommt bald das Christkind, fängt bald Weihnacht an?

Kerzen leuchten rundum in den Tannen,  
Hell strahlen Kinderaugen wie im Traum.  
Leicht gestillt ist kindliches Verlangen,  
Des Elends Jammer fühlen sie noch kaum!

Weihnacht ist, und in der kalten Stube  
Hockt ein Weib, zwei Mädels und ein Bube.  
Still für sich weinend eine Mutter spricht:  
Zu armen Kindern kommt das Christkind nicht!

Weihnacht ist, das Fest der Nächstenliebe,  
Ein fühlend Herz steuert der Armut Not.  
Leeres Wort gleicht Wasser in dem Siebe,  
Es fehlt an Arbeit, Kleidern, Geld und Brot!

Jakob Klauer-Köln

andere. In der Ecke der Weihnachtsmann, aus Hutzucker gemeißelt. Dort ein Fruchtkorbchen, mit Marzipanfrüchten, rotbäckige Äpfel, goldgelbe Birnen, Weintrauben und Aprikosen, alles durcheinander, so natürlich, als wenn sie eben erst aus dem Garten kämen. Ein kleiner Knirps sagt: „Den Gänsebraten, mit dem Rotkohl, dort auf der Schüssel aus Marzipan, den möchte ich haben!“ Ein kleines Mädel wieder erblickt ihr Ideal in den Marzipanschweinchen und möchte gern ihrem kranken Schwesterchen eins davon mitnehmen. Auch die Marzipantorte wird unter der Schar kleiner Proletarierkinder schnell verteilt. Die Phantasie läßt ein Märchenland erstehen. Schlaraffenland!

Sie möchten sich alle durch einen Berg von Kuchen, Schokolade und Rosinen essen. Ihr sehnlichster Wunsch ist, einmal Süßigkeiten in Hülle und Fülle zu haben. Mit traurigen und sehnstüchtigen Augen verlassen sie nacheinander die Stätte ihrer Sehnsucht, mit dem Wunsch im Herzen, auch ein paar Erzeugnisse der süßen Kunst ihr eigen zu nennen.

Auch ich verlasse den Ort meiner Betrachtungen; lasse noch einmal die einzelnen Typen der Kinderschar an meinen Augen vorbeidübeln und denke nach über die glühende, hoffnungsvolle Phantasie dieser Proletarierkinder. Ich stehe wieder der nackten Wirklichkeit gegenüber und zweifle an der Erfüllbarkeit der Kinderträume. Grausam und schicksalsschwer lastet die Wirtschaftskrise auf der Arbeiterschaft mit ihren 5 Millionen arbeitslosen Männern und Frauen. Der Glaube an die christliche Weihnachtslegende wird immer mehr durch das rücksichtslose Wirken des Kapitalismus zerstört. Ein Glaube aber bleibt: der Glaube an die Zukunft und an den Sieg des Proletariats. Die Worte „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ müssen eine weltanschauliche Auslegung bekommen. Unser Weihnachtsfest muß ein Fest der Freude für alle Menschen werden. Darum an die Arbeit, zur Verwirklichung dieses Zieles, damit auch die Wünsche und Träume der Proletarierkinder in Erfüllung gehen können.

K. B.

Internationale und Vaterland sind von nun ab verbunden. In der Internationale findet die Unabhängigkeit der Nationen ihre höchste Gewähr; in den unabhängigen Nationen vervielfältigt die Internationale ihre stärksten und edelsten Organe. Man könnte fast sagen: ein wenig Internationalismus entfernt vom Vaterland, viel Internationalismus führt zum Vaterland zurück. Ein wenig Patriotismus entfernt von der Internationale, viel Patriotismus führt zur Internationale zurück.

Jean Jaurès

## Alltagstragödie

Skizze von Alfred Huppert.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Ja! Jetzt sieht er mit klaren Augen. Sieht das große Elend, darüber die stärkste Liebe nicht hinweghilft und darüber stolpert.

Trotz aller Liebe bleibt dieses Leben grau, und er weiß es nun: trotz Liebe und Treue — im grauen, sonnenlosen Leben kann auch beides einmal erlöschen.

Und die Monate gehen dahin. Er ist längst schon ausgesteuert und seine Frau erwartet in einigen Wochen das Kind.

Er verfällt ins Grübeln, während die junge Frau schweigend am Fenster sitzt und zuschaut, wie der Herbstwind draußen durch die Bäume fährt und wie jeder Baum gar bald seines Schmuckes beraubt sein wird.

„Es wird Herbst!“ senft sie auf und denkt an ihr junges Leben, das einen kurzen Frühling hatte, der ohne Sommer über einen schnellen Herbst ihren Winter bringen wird.

Indes sitzt ihr Mann stumm an der kalten Ofenwand.

„Ich habe die größte Sünde begangen“, so denkt er bei sich. „Ich hätte niemals aufs Geratewohl ein Mädchen freien sollen. Wäre sie ledig, sie wäre glücklicher und ohne Sorge und Not. Und ich bin doch bereit zu arbeiten, will schaffen für mein Weib, für unser Leben! Und warum ist das alles so?“

Ein regnerischer Spätherbstabend!

Wieder ist ein Stück Möbel zur Tür hinausgewandert.

Sie haben Geld in den Händen, es reicht ja auch nur auf eine reichliche Woche; aber sie vergessen für einen Augenblick, daß sie arm sind.

Das Ehepaar sitzt beim Abendbrot. Die junge Frau erhebt sich und bringt eine Flasche hervor.

„Da, mein Lieber, heute trinke einmal!“ sagte sie freundlich.

Heinz schaut sie verwundert an.

„Wozu das?“ fragt er und hält die Flasche in der Hand.

„Warum solltest auch du einmal vom Leben nichts haben“, meint sie zärtlich. „Es ist ein guter Schnaps — heute betrink dich nur einmal!“

Heinz richtet die Augen erstaunt auf seine Frau. Er fährt sich mit der Hand nachdenkend an die Stirn.

Hat sie etwa den Geburtstag oder ich? . . . Das kann ja vorkommen, daß in solch trauriger Zeit das Denken nachläßt und der Verstand verblödet, denkt er bei sich.

Die junge Frau lächelt gezwungen.

„Trink, trink!“ ruft sie ihm zu. „Ein Trunk nach solchem Elend läßt dir das graue Leben sonniger erscheinen!“

Da holt Heinz ein Glas herbei und trinkt mit Wohlbehagen gleich drei, vier Gläschen Likör und schnalzt mit der Zunge.

„Komm, mein Lieb, komm, setz dich zu mir auf meinen Schoß! Mir wird so leicht ums Herz!“

Elly sitzt bei ihm und er hält sie fest umschlungen und küßt sie stürmisch.

„Siehst du, das Feuer der Liebe lodert wieder auf. Sei auch du lieb zu mir und vergiß das elende Dasein. Einmal muß auch uns wieder die Sonne scheinen!“

Die junge Frau streicht ihm zärtlich über das Gesicht.

„Trink nur!“ fordert sie ihn auf.

Er greift nach der Flasche.

„Mache sie nur leer!“ bittet die junge Frau.

Die Flasche ist geleert. Heinz lehnt sich, vom Schnaps berauscht, an die Stuhllehne.

„Ich gehe zu Bett. Lieb, heute werde ich aber gut schlafen!“ versicherte er und legt sich nieder.

Bald liegt er in Morpheus Armen.

Die junge Frau bringt noch ein Fläschchen auf den Tisch.

Es ist auch eine alkoholische Flüssigkeit und sie füllt sich auch mehrere Glas davon ein und genießt es. — Teufel Alkohol hat auch sein Gutes für müde Menschen, Menschen, die des Lebens müde sind.

Auch die Frau sieht nicht mehr die Sorgen, auch ihr wird leichter ums Herz. Verschwommene Bilder werden klarer: sie sieht ihr bisheriges Leben, lang genug für eine Menschenseele, die nur zu leiden hatte und noch jung ist.

Ein müdes Lächeln streift ihre Züge. Dann erhebt sie sich und tritt zu ihrem Mann heran.

Der schläft einen tiefen Schlaf.

Sie beugt sich zu ihm herab und küßt ihn noch einmal leise.

„Der letzte Kuß!“ schluchzt sie.

Ein Schauer durchrieselt ihren Leib. — Und doch: sie ist entschlossen: lieber einen Dauerschlaf, als ständiges Erwachen im elenden Dasein.

Der Alkohol wirkt, sie fühlt sich müde, fast sinken ihr die Augen zu.

„Das ist gut so!“ denkt sie bei sich, dann öffnet sie einen kleinen Hahn und legt sich nieder.

Nach zwei Tagen wurde die Tür der kleinen Wohnung gewaltsam geöffnet.

Man fuhr zurück, als man zwei junge Menschenle los vorfand.

„Tragödie eines jungen Ehepaares. — Grund: Arbeitslosigkeit!“

So brachten es die Zeitungen. Aber das ist ja nichts Neues mehr! Darüber geht die heutige Menschheit leicht hinweg, weil sie weiß: diese Tragödien werden sich noch viel wiederholen, und ein anderer Teil der Menschen denkt: Es gibt ja noch genug Menschen auf der Erde, der Krieg hat da noch viel zu wenig verschlungen.